

Chronik der Bertha Ramsauer Stiftung

Zur Geschichte der Einrichtung

Oldenburg 2023

Herausgeber: Vorstand der Bertha Ramsauer Stiftung, Vorsitzende Maria Niggemann
<http://www.b-ramsauer-stiftung.de>

Autor: Dr. Willi B. Gierke
Redaktion: Vorstand der Bertha Ramsauer Stiftung
Ort: Oldenburg 2023
Auflage: 70

Alle Archivalien der Bertha Ramsauer Stiftung befinden sich im Niedersächsischen
Landesarchiv in Oldenburg



Bertha Ramsauer

Inhalt

Vorwort	7
I. Das Bildungsverständnis von Bertha Ramsauer	9
II. Vor- und Gründungsgeschichte der Stiftung	15
1. Vor- und Gründungsgeschichte (1920 – 1925)	15
2. Von der Stiftungsgründung bis zum Beginn der NS-Diktatur (1925- 1933).....	18
3. Übergangsphase (1933-1935)	21
4. Von der Übertragung der Arbeit an den Reichsmütterdienst bis zum Ende der NS-Diktatur (1935-1945)	25
5. Von Kriegsende bis zur Rückübertragung des Grundvermögens (1945-1953).....	29
6. Zur Entwicklung des Stiftungsvorstandes (1925-1953).....	29
6.1 Der Vorstand von der Stiftungsgründung bis zum Beginn der NS-Diktatur (1925-1933)	29
6.2 Zur Entwicklung des Vorstandes vom Beginn der NS-Diktatur bis zur Wiedererlangung des Stiftungsbesitzes (1933 bis 1953)	31
III. Die Entwicklung der Stiftung von 1953 bis in die Gegenwart	33
1. Von der Idee der Wiederaufnahme der Volkshochschularbeit bis zum Verkauf der Gebäude und des Grundbesitzes (1953 – 1974)	33
2. Die Zusammensetzung des Vorstandes von der Neuaufnahme der Stiftungstätigkeit 1953 bis zum Jahr 1974	34
3. Die Stiftung als Vereinigung zur Förderung von Bildung mit dem Schwerpunkt Frauenbildung (seit 1974)	36
4. Die Vorstandsentwicklung seit 1974.....	38
IV. Förderschwerpunkte der Bertha Ramsauer Stiftung (1984 bis 2017).....	42
1. Beratung und Bildung für Frauen und Mädchen	43
2. Bildungsforschung und -dokumentation	44
3. Erwachsenenbildung	45
4. Kultur-/Sozialarbeit und Selbsthilfegruppen.....	46
5. Initiativen im Bereich schulischen Lernens	46

6. Angebote für Kinder, Familien und Jugendliche	46
7. Studierendenförderung.....	46
8. Christlich-Jüdische Zusammenarbeit	47
V. Zukunft der Bertha Ramsauer Stiftung.....	48
Quellen	50
Anhang.....	53
Biografie	54
Satzungen	57
Fotos	77

Vorwort

Mit der Chronik legt der Vorstand der Bertha Ramsauer Stiftung einen Zugang zur Geschichte dieser 1925 gegründeten nun fast hundertjährigen Einrichtung vor. Nach dem Tode der Namensgeberin 1947 suchten alle Vorstände ihre Arbeit und ihre Ideen unter den jeweils neuen gesellschaftlichen Bedingungen fortzuführen und zu gestalten. Der Text versucht dabei auch ein Resümee von deren Arbeit im Laufe der Zeit zu ziehen.

Über Bertha Ramsauer als Pädagogin, Erwachsenen- und Frauenbildnerin in den 1920er Jahren, ist bereits vielfach geforscht und publiziert worden. Im Mittelpunkt dieser Publikationen stehen ihre pädagogischen Vorstellungen im Kontext der „Heimvolkshochschulbewegung“ in der Weimarer Republik und ihre weitere Arbeit unter dem Regime des Nationalsozialismus, dem Konflikt zwischen einer demokratischen, liberalen und emanzipatorischen Pädagogik der damaligen Zeit einerseits und dem nationalsozialistischen Regime und seiner Ideologie andererseits.

Die Idee zu einer Chronik der Stiftung entstand, um der Außensicht, die die Widersprüche in der Arbeit von Bertha Ramsauer thematisiert, eine Binnensicht dieses Konflikts zu ermöglichen. Dem Vorstand standen dafür umfangreiche Archivmaterialien aus dem Nachlass von Bertha Ramsauer zur Verfügung. Interessanter für den Aspekt der Arbeit der Stiftung sind vor allem die Materialien der Stiftungsaufsicht des Landes Niedersachsen im Niedersächsischen Landesarchiv Oldenburg nach 1950:

Namen der Vorstandsmitglieder zeigen, dass neben sozial engagierten Bürger:innen auch Vertreter:innen aus der Pädagogischen Hochschule Oldenburg und der Kommunalpolitik aber auch ehemalige Schülerinnen ihrer Kurse mitgearbeitet haben.

Protokolle über Diskussionen, Pläne, und Satzungen machen die jeweiligen inhaltlichen Neuausrichtungen der Stiftung über mehr als 100 Jahre hinweg nachvollziehbar. Und auch die Verteilung der Spenden an Personen und Institutionen gibt Aufschluss über die jeweiligen bildungspolitischen Vorstellungen des Vorstands.

Die Idee Anfang der 50er Jahre, im Kontext der Wiedergründung vieler Heimvolkshochschulen in Niedersachsen, die Heimvolkshochschule in Husbäke wieder zu eröffnen, konnten nicht realisiert werden. Die Arbeit des Vorstands ruhte praktisch zunächst.

Der Schwerpunkt der Arbeit des Vorstands in den 60er Jahren lag auf den Veröffentlichungen der Schriften von Bertha Ramsauer, die aus Zinserträgen aus der Verpachtung des Grundei-

gentums der Stiftung finanziert wurden. Dadurch konnten die Archivalien gesammelt, gesichert, erforscht und einer breiteren Öffentlichkeit überhaupt erst zugänglich gemacht werden. Vor allem unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Wolfgang Schulenberg in den 70er und Anfang der 80er Jahre fand die Stiftung als Förderin der Frauenbildung zu ihrem Namen und endgültigen Form, die mit wenigen Änderungen in der Satzung bis heute Bestand hat. Im Mittelpunkt steht die finanzielle Unterstützung von vielfältigen bildungspolitischen Initiativen für Frauen und Mädchen.

Dr. Willi B. Gierke hat im Auftrag der Stiftung die Archivalien gesichtet und dankenswerterweise aus den vielen Einzelfakten einen gut lesbaren Text erarbeitet.

Vorstand der Bertha Ramsauer Stiftung

I. Das Bildungsverständnis von Bertha Ramsauer

Der Vorstand der Stiftung – und das gilt sicher für alle personenbezogenen Stiftungen – hatte und hat die Aufgabe, die Ideen, Vorstellungen und Ziele von Bertha Ramsauer zu unterstützen und sie nach ihrem Tode zu interpretieren und weiterzuentwickeln. Das zeigt sich auch bei der Vergabe finanzieller Mittel.

Daher liegt es nahe, in der Chronik zunächst auf das Bildungsverständnis von Bertha Ramsauer einzugehen, auf ihre pädagogischen Ziele, Inhalte und Methoden, die die Vorstände im Laufe der Zeit und den sich wandelnden gesellschaftlichen Verhältnissen in ihren Entscheidungen berücksichtigen beziehungsweise verändern mussten und müssen.

Bertha Ramsauer hat ihre Bildungsvorstellungen nicht zusammenfassend dargelegt, so dass ihr Konzept aus ihren Beiträgen in den VHS-Blättern, Redemanuskripten und ihrer Bildungspraxis gewissermaßen rekonstruiert werden muss (vgl. Eggemann 1997: 191ff). Die theoretisch-programmatische Arbeit wurde von ihr deutlich als nicht so wichtig eingeschätzt. So meinte sie in ihrer Ansprache zur Hausweihe des Volkshochschulheims Edeweicht im Mai 1926: „Aber wir sehen die programmgemäße Arbeit nicht als die drängendste Forderung unserer Zeit an. Und wer sie nicht als die höchste erfaßt, darf sich ihr nicht aus Bequemlichkeits- und Sicherheitsgefühl hingeben. Frei muss er bleiben, täglich seine Erfahrungen und seinen Standpunkt zu prüfen und zu werten, unabhängig von ausgeklügelter Theorie, innerlich nicht gebunden an ein Dogma. Aus dieser inneren Freiheit und dem Suchen nach Wahrheit erwächst erzieherische Kraft.“ (Ramsauer 1926: 3f)

Ihren Ansatz begründet sie wiederholt mit Bezugnahme auf die Pädagogik Johann Heinrich Pestalozzis. Dies hat auch biographische Gründe, denn ihr Großvater Johannes Ramsauer (1790-1848) war in der Schweiz Pestalozzis Schüler und Mitarbeiter gewesen und von diesem dem Oldenburger Großherzog als Hauslehrer empfohlen worden. In Oldenburg gründete er dann die erste weiterführende Mädchenschule. (Vgl. Siegel 1990: 211) Bertha Ramsauer sah sich immer als „geistige Enkelin“ (ebd.) Pestalozzis. Ihr Großvater hatte von Pestalozzi ein Bild mit handschriftlicher Widmung bekommen, das in Bertha Ramsauers Zimmer hing und so anschaulich auf ihre Verbundenheit mit dem berühmten Pädagogen hinwies (vgl. ebd.). An wichtigen Stationen ihres Weges berief sie sich auf ihn, so in ihrer Ansprache zur Einweihung des Volkshochschulheims Edeweicht (Ramsauer 1926: 21ff) und sehr nachdrücklich in ihrem einleitenden Beitrag im ersten Heft der VHS-Blätter des Jahres 1934 nach ihrer Entscheidung, die Arbeit unter gänzlich anderen Bedingungen als zuvor fortzuführen (Ramsauer 1934: 2).

Auch wenn Bertha Ramsauer ihr pädagogisches Konzept nicht schriftlich ausgearbeitet hat, lassen sich doch Schlüsselbegriffe identifizieren, auf die sie immer wieder Bezug nahm und die für ihr Verständnis von Erziehung und Bildung zentral waren. Dies gilt insbesondere für die Begriffe „Mütterlichkeit“, „Gemeinschaft“ und „Neutralität“.

Frauenbildung hieß für Bertha Ramsauer mit Bezug auf die Pädagogik Pestalozzis, das „Gefühl der Mütterlichkeit!“ auszubilden und „diese Mütterlichkeit überall hineinzutrage[n] in Haus und Schule, in Gemeindevertretung und Staatsverwaltung“ (Ramsauer 1927: 29). „Soll ein neues Geschlecht heranreifen, so muss die Mutter ihm den Weg bereiten.“ (Ebd.) Deutlich wird die Orientierung auf ein Idealbild von Familie als „natürlicher“ Gemeinschaft in der Forderung, dass „die Wohnstube des Volkes der Mittelpunkt aller Menschenbildung“ werden müsse.“ (Ebd.)

Ihre Pädagogik verstand sie außerdem als Bildung der Persönlichkeit durch und für die Gemeinschaft. Volkshochschulheim bedeutete für sie daher: „Hier bei uns treffen sich – nicht in flüchtiger Berührung, sondern im Zusammenleben und -arbeiten – alle Kreise unseres Volkes, der Akademiker und der Proletarier; hier begegnen sich alle Ergebnisse unserer verschiedenen Schulgattungen, Zöglinge der Volks-, der mittleren und der Fachschulen.“ (Ramsauer 1926: 6) Unterrichtsmethodisch fand dies seinen Ausdruck in der bevorzugten Methode der „Arbeitsgemeinschaft“, in der die Teilnehmer:innen an einem Thema selbständig arbeiten und sich über ihre unterschiedlichen Erfahrungen und Ansichten austauschen sollten (vgl. Dannemann 1994: 40). Verbunden war damit die Hoffnung, über politische, weltanschauliche und konfessionelle Unterschiede hinweg zur Verständigung über einen gemeinsamen geistigen Besitz zu kommen (vgl. ebd.: 21).

Wichtig war es Bertha Ramsauer dabei, die jungen Menschen nicht nach bestimmten Mustern zu prägen, sondern sie selbst ihren Weg finden zu lassen. Jeder müsse sich „dem Kern seines Wesens gemäß entwickeln“ (Ramsauer 1926: 4): „Das Gute in ihm wachsen lassen – Steine und Unkraut von seinem Acker entfernen – der Sonne und dem Lichte Zugang verschaffen, die beste Nahrung für ihn aussuchen – und dann den Gewordenen hinziehen lassen, wohin er gehört, nach rechts oder nach links mit dem herzlichen Vertrauen, daß etwas Gerades und Ganzes aus ihm wird.“ (Ebd.) Im Rahmen dieser Vorstellung, dass jeder Mensch sich seiner Natur gemäß entwickeln können soll und er dabei nicht in eine bestimmte Richtung gelenkt, sondern nur pädagogisch begleitet wird, war Bertha Ramsauers Bildungsverständnis dem Prinzip der Selbstbildung verpflichtet (vgl. Freist 2012).

Eine Voraussetzung für das selbständige, im gemeinschaftlichen Austausch stattfindende Lernen sah Bertha Ramsauer in der Neutralität ihrer Bildungsarbeit (vgl. Dannemann 1994: 37 f.). Zu den nicht so zahlreichen Volkshochschulheimen der Weimarer Republik, die sich als „frei“ und nicht als „gebunden“ an eine bestimmte politische, weltanschauliche oder konfessionelle Richtung verstanden, gehörte das Volkshochschulheim Husbäke (VHSH). Das hieß für Bertha Ramsauer keinesfalls, als Lehrkraft nicht selbst über einen klaren Standpunkt zu verfügen. Im Gegenteil sah sie darin eine wesentliche Voraussetzung für pädagogische Wirksamkeit (vgl. Ramsauer 1928: 35). Dieser Standpunkt dürfe aber nicht dogmatisch gegenüber den Schülerinnen und Schülern vertreten werden (vgl. Ramsauer 1926: 22).

Fragen wir nach den Inhalten und Methoden der Bildungsarbeit von Bertha Ramsauer, ist zunächst die Art und Weise der Unterrichtsgestaltung hervorzuheben, nämlich die gemeinsame Behandlung von Themen in Arbeitsgemeinschaften oder in dialogischen Vorträgen. Nicht ein bestimmtes Ergebnis wurde angezielt, sondern die Befähigung der Teilnehmer:innen zur selbständigen Bearbeitung von Fragestellungen, zur kritischen Beurteilung unterschiedlicher Positionen und zum Finden eines eigenen Standpunktes (vgl. Dannemann 1994: 40 ff.).

Das Anknüpfen an die Lebenserfahrungen, Ansichten und Interessen der Teilnehmer:innen war dabei ein wesentliches didaktisches Prinzip, was für Bertha Ramsauer bedeutete, sich in die Situation der Schülerinnen und Schüler hineinzusetzen und deren Fragen aufgreifend gemeinsam nach Antworten zu suchen (vgl. ebd.: 41).

Die behandelten Themen wiesen ein breites Spektrum auf: Kultur- und Heimatgeschichte, Kunstgeschichte, Volkswirtschaftslehre, Staatsbürgerkunde, Deutsch (Literatur, Rechtschreibung und Grammatik) und Naturwissenschaften. Fachbezogenen Unterricht gab es in den Bereichen Gesundheitslehre, Kranken- und Säuglingspflege, Hauswirtschaft und Nahrungsmittelkunde. Daneben konnten die Schülerinnen und Schüler sich auf die „schulwissenschaftliche Vorprüfung“ vorbereiten (entsprach der späteren Mittleren Reife), die dann extern abgenommen wurde. Weiter gab es Angebote wie Basteln, Werken, Malen und Zeichnen, Singen und Musizieren, Einüben von Volkstänzen und Loheland-Gymnastik (vgl. ebd.: 42 f.).

Als wesentlicher Bestandteil der Bildungsarbeit muss außerdem die Gestaltung des Zusammenwirkens im Volkshochschulheimalltag als Hinführung zur und Erfahrung von Gemeinschaft genannt werden. In einem Vortragsmanuskript aus dem Jahr 1929 betonte Bertha Ramsauer die große Bedeutung des Gemeinschaftslebens für „Klärung der Urteile, Stärkung der Urteilskraft, Bildung des Verstandes“ und „Bildung des Charakters“ und „Entwicklung der Persön-

lichkeit“ (Ramsauer 1929a: 64). Sie wies darin aber auch auf mögliche Gefahren isolierterer „Insel“-Gemeinschaften hin: „So geht die Gemeinschaft zugrunde, wenn sie nicht offen ist nach allen Seiten, wenn sie nicht ihren Gemeinschaftsgeist hinüberträgt in alle Welt, überall verbindend und zu neuer Verbindung einladend.“ (Ebd.: 65)

Wer waren die Teilnehmenden an den Bildungsangeboten? Der Schwerpunkt lag zu Beginn auf mehrmonatigen Kursen mit jungen Frauen und zeitweise mit jungen Männern. Dass Bertha Ramsauer sich dann ab 1926 in Husbäke auf erstere beschränkte, hatte ökonomische und pädagogische Gründe: Die notwendige Vorbildfunktion für letztere konnte sie aus ihrer Sicht nicht in erforderlichem Maße gewährleisten, einen pädagogischen Mitarbeiter dafür einzustellen schien jedoch nicht finanzierbar.

Wie sah Bertha Ramsauer die jungen Frauen, an die sie sich richtete? In ihrem wahrscheinlich 1928 in Berlin gehaltenen Vortrag „Zur Not der weiblichen Jugend“ (Ramsauer 1928a: 31 ff.) ging sie davon aus, dass wir „mitten in einer verworrenen Zeit des Übergangs stehen“ und es eine „erschöpfende Antwort“ auf die „Frage, mit welchen besonderen Schwierigkeiten unsere schulentlassene Jugend zu kämpfen hat und wie wir Frauen helfen können“, noch nicht gebe. „Erzieherarbeit“ für die „Führung unserer weiblichen Jugend“ geschehe „nicht auf Tagungen und Konferenzen“, „sondern überall da, wo verantwortungsbewusste Frauen in der Stille den Weg zum Herzen der Jugendlichen finden“ (ebd.: 37). Bertha Ramsauer sah Bildungsbedürftigkeit besonders bei denjenigen Mädchen und Frauen, denen es an der notwendigen Orientierung im Elternhaus gefehlt habe, weil ihre Mütter selbst keinen Halt in der Religion oder in Traditionen gehabt hätten und daher ihre Töchter nicht mit genügend „Umsicht und Fürsorge“ hätten umgeben können (vgl. ebd.; siehe auch: Eggemann 1997: 210 ff.).

Statistische Übersichten mit soziodemografischen Daten der Teilnehmenden an der Bildungsarbeit gibt es nicht. Schüler:innenlisten in den VHS-Blättern weisen Städte und Gemeinden aus dem Land Oldenburg und der Provinz Hannover bei den meisten als Wohnsitz aus, aber es kamen auch Teilnehmende aus vielen anderen Teilen Deutschlands, z.B. aus Bonn, Bremen, Danzig, Gera, Hamborn, Hessisch-Oldendorf, Treptow und Wittenberg, einige sogar aus dem Ausland (vgl. VHS-Blätter 7.1930.2: 5 ff.; 10.1933.1: 4 ff. und Eggemann 1997: 211). Das spricht dafür, dass Bertha Ramsauers Arbeit nach dem Aufbau des VSHS Husbäke ein hohes Ansehen weit über die Oldenburger Region hinaus genoss.

Angaben zur Sozialstruktur der Teilnehmer:innen können am Beispiel eines Kurses gewonnen werden, über den Bertha Ramsauer in den VHS-Blättern (4.1927.39/40: 4 ff.) in ihrem „Jahresbericht des Volkshochschulheims Edeweht“ referierte. Der Kurs startete im April 1927 mit

24 Schülerinnen, nach der ersten Hälfte im August verließen 4 den Kurs, 5 neue kamen dazu. Das Durchschnittsalter betrug 22 Jahre. Als Voraussetzungen brachten 20 der jungen Frauen den Volksschulbesuch mit, 9 einen Ausbildungsabschluss (Friseurin, Schneiderin, Kindergärtnerin, Säuglingsschwester). Als vorher besuchte (Aus)Bildungseinrichtungen werden für einige außerdem genannt: Handelsschule, Hauswirtschafts- und Handarbeitsseminar und Wohlfahrtsschule (ebd.: 4). Eine Befragung von Ehemaligen durch die Stiftung im Jahr 1986 spricht dafür, dass diese Daten wohl durchaus typisch für viele Teilnehmerinnen waren (vgl. Egge-
mann 1997: 211 ff.). Nimmt man eine Einteilung der damaligen Gesellschaft in soziale Schichten vor, so gehörten die Teilnehmerinnen vorwiegend der Mittelschicht, teilweise der unteren Mittelschicht an. Ungelernte Arbeiterinnen und Dienstmädchen etwa waren nicht vertreten (vgl. ebd.: 212).

Das Angebots- und Teilnehmendenspektrum erweiterte sich durch die sozialpädagogische Arbeit für die Siedlung Husbäke, wie Leseabende, praktische Kurse in Nähen, Flicken und Hauswirtschaft für Siedlerfrauen und Ausbildungsplätze in der Hauswirtschaft des Heimes (vgl. Dannemann 1994: 55 f.). Dies ermöglichte den Kursteilnehmenden praktische Erfahrungen für eine eventuelle spätere sozialpädagogische Berufstätigkeit (vgl. ebd.: 56).

In den Krisenjahren gegen Ende der Weimarer Republik stellte sich, auch aus finanziellen Gründen, für viele Heimvolkshochschulen die Frage der Übernahme von Aufgaben des Freiwilligen Arbeitsdienstes (FAD). Das VHSH Husbäke entschied sich für die Übernahme eines solchen Angebotes. So wurde zusätzlich zu den bisherigen Kursen ein FAD für junge Frauen eingerichtet. Träger war der Landesverband Oldenburg des vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz in Oldenburg. 20 junge arbeitslose Frauen, die vor allem aus der Umgebung Edewechts kamen, nahmen teil. Hauptsächlich kochten sie für unterernährte Kinder und verarbeiteten gesammelte Kleidungsstücke für bedürftige Familien der Siedlung Husbäke (vgl. VHS-Blätter 9.1932.6: 2). Sie konnten aber abends auch Arbeitsgemeinschaften des VHSH zu verschiedenen Themen besuchen (vgl. Dannemann 1994: 45 ff.).

Nach dem Übergang in die nationalsozialistische Diktatur war es Bertha Ramsauer immer weniger möglich, ihre pädagogischen Vorstellungen weiter zu verfolgen.

Durchgehend hielt Bertha Ramsauer an dem Prinzip der Bildung zur Mütterlichkeit fest, wie in einem Beitrag von ihr in der Zeitschrift der Reichsfrauenführung im Jahr 1943 zu sehen ist (Ramsauer 1943). Sie definiert hier Mütterlichkeit als: „Wärme, Liebeskraft, gütiges Verstehen, Schaffen und Sorgen in aller Stille ohne Heischen nach Dank und Anerkennung. Selbst-

verständliche Einsatzbereitschaft, selbstlose Hingabe“ (ebd.: 150 f.), das sei nicht an biologisches Muttersein gebunden (vgl. ebd.: 153). Mütterliche Frauen sorgten „für alles, was hilflos und pflegebedürftig ist“ (ebd.). An diesem Beitrag ist, wenn sicher auch nur angedeutet und eher zwischen den Zeilen versteckt, Ihre kritische Haltung zu nationalsozialistischer Auslesepädagogik ablesbar.

II. Vor- und Gründungsgeschichte der Stiftung

1. Vor- und Gründungsgeschichte (1920 – 1925)

Verantwortet vom Landesamt für Volkshochschulen des Landes Oldenburg begann die Arbeit des Volkshochschulheims Oldenburg, des Vorläufers des VSHH Husbäke, zunächst auf Wangerooge.

In der damaligen Gründungswelle von Volkshochschulen in der gesamten Weimarer Republik wurde großen Wert auf intensive, längerfristige Bildungsarbeit gelegt, für die Heimvolkshochschulen und Volkshochschulheime als geeignete Formen galten. Im Land Oldenburg war ein „Landesamt für Volkshochschulen“ gebildet worden, das bestrebt war, längerfristige Volkshochschulkurse einzurichten. Dafür sollten drei Volkshochschulheime errichtet werden, und zwar in Damme im „katholischen Münsterland“, in Dreibergen bei Bad Zwischenahn und auf Wangerooge. Die Pläne für Damme waren nicht erfolgreich, die Arbeit in Dreibergen begann wohl zeitgleich mit Wangerooge, wo Bertha Ramsauer mehrmonatige Winterkurse in den Jahren 1920/21, 1921/22 und 1922/23 und auch vierwöchige Männerkurse leitete. Sie konnte dafür zunächst das Kinderhospiz der Insel und ab dem Winter 1922 die dortige Jadekaserne nutzen. Die Trägerschaft lag beim Landesamt für Volkshochschulen, das vom Freistaat Oldenburg gewährte Fördermittel für die Arbeit bereitstellte. Bertha Ramsauer, damals Studienrätin an der Oldenburger Cäcilien Schule, einer höheren Mädchenschule, war für die Leitung der Kurse freigestellt worden.

Die ursprünglich vorgesehene Leiterin hatte vor Kursbeginn abgesagt, schreibt Bertha Ramsauer später in ihrem Rückblick „Aus der Geschichte des Volkshochschulheims Edeweicht“ (Ramsauer 1928): „Da entschloß ich mich, für den Winter 1920-21 die Leitung des Heims in Wangerooge zu übernehmen.“ (ebd.: 2) Von der Stadt Oldenburg zunächst für ein halbes Jahr beurlaubt, dann für den nächsten Kurs, der im Oktober 1921 begann, für drei weitere Jahre. Hinzu kamen zwei Lehrerinnen ebenfalls des Oldenburger Landes, die für die Volkshochschularbeit für fünf Monate beurlaubt wurden, und zwar Grete Stallmann und Dora Hornbüssel (damals Hartmann). Eine weitere Dozentin wurde Ursula Böhse, die kurz zuvor in Loheland eine Ausbildung zur Gymnastiklehrerin absolviert hatte (vgl. ebd.: 4).

Im Frühjahr 1923 teilte das Landesamt für Volkshochschulen Bertha Ramsauer mit, „daß es durch seine finanzielle Lage gezwungen wäre, die Heimarbeit in Wangerooge vorläufig aufzugeben“ (ebd.: 9). Als im Oldenburger Landtag darüber beraten wurde, lehnte dieser in erster Lesung ab, weitere Mittel für die Volkshochschulheimarbeit zur Verfügung zu stellen. Es folgte

ein „Pressekrieg“ zwischen Gegnern und Befürwortern der Volkshochschularbeit. Der Landtag bewilligte in zweiter Lesung zwar Mittel, jedoch nur in Höhe von 850 Mark, die für eine Fortführung der Arbeit in bisherigem Umfang nicht ausreichten. „Wegen der geldlichen Schwierigkeiten“ (ebd.: 13) setzen Bertha Ramsauer und ihre Unterstützer – neben Oldenburger Persönlichkeiten auch ehemalige Schülerinnen und Schüler – ihre Hoffnung darauf, in Eigeninitiative Mittel für die Arbeit und insbesondere geeignete Räumlichkeiten zu gewinnen.

Im Mai 1923 erfolgte zu diesem Zweck die Bildung eines „Freundeskreises der V.H.S“.

Im Sommer 1923 wurde für zwei Monate auf der Schleuseninsel in Wilhelmshaven ein VHS-Heim eingerichtet, was der „Unternehmungslust einiger Wangeroooger Schüler und ihrer Kameraden“ zu verdanken war (Ramsauer 1929: 2). Teilnehmer waren zwölf Wilhelmshavener Schüler, Industriearbeiter, die tagsüber arbeiteten und abends in Arbeitsgemeinschaften lernten. Eine festliche Herbsttagung im Oktober in dem Heim beendete diesen Kurs. Im Zusammenhang damit steht ein Vortrag von Bertha Ramsauer im Wilhelmshavener Rathaussaal zum Thema „Das Oldenburger Volkshochschulheim und die politischen Parteien“. Sie nutzte diese Gelegenheit dazu, die Neutralität ihrer Arbeit zu betonen. Im November, nach Beendigung der VHS-Arbeit in Wilhelmshaven, wurde ein Heim für berufstätige Mädchen „auf der Osternburg in Osternburg“ eingerichtet. Die Stadt Oldenburg stellte dafür vier Räume im Haus Ulmenstraße 25 kostenlos zur Verfügung. „Neben und unter uns wohnte die Polizei.“ (Ebd.)

Inzwischen war ein wichtiger Schritt hin zu einer rechtsfähigen Organisationsform vorgenommen worden. Wenige Monate nach Bildung des "Freundeskreises" hatte sich der "Verein zu Förderung des Volkshochschulheimes" konstituiert. Die Gründungsversammlung war am 19. August 1923 im Georgshaus in Oldenburg¹. Die Gründer setzten sich aus dem Freundeskreis sowie „ältere[n] Anhänger[n] des Volkshochschulgedankens“ zusammen (Ramsauer 1928: 13). Der ins Vereinsregister eingetragene Verein bezeichnete sich „mit dem Einverständnis des Landesamtes“ als eine „selbständige Abteilung des Oldenburger Landesamtes für Volkshochschulen e.V.“ (ebd.).

Es wurde Geld für das zukünftige Heim gesammelt. Die Jadekaserne auf Wangeroooge hätte zwar im Winter genutzt werden können, doch das wäre, so Bertha Ramsauer, kein „rechter Mittelpunkt“ für die Volkshochschularbeit gewesen.

¹ Siehe: Niederschrift der Gründungsversammlung vom 19.8.1923; Protokoll der ersten Vorstandssitzung vom 4.9.1923 im Hospiz vom Grafen Christoph in Oldenburg.

Es war Theodor Tantzen, der die Idee hatte, ein Moorkolonat vom Oldenburger Siedlungsamt käuflich zu erwerben. Dies gelang am 10. Dezember 1923 mit der Unterzeichnung der Vertragsurkunde zum Ankauf des Kolonats Nr. 50 in Husbäke² („reichlich 10 Hektar groß“) (Ramsauer 1928: 13). Der Kaufpreis betrug 4.000 Mark, davon waren 820 Mark zum 1. Mai 1924 anzuzahlen, der Rest ab 1. Mai 1929 mit jährlich 2 Prozent abzutragen und die jeweilige Restsumme mit 4 Prozent zu verzinsen. Der Vertrag verpflichtete zur Errichtung eines Wohngebäudes mit Stallraum bis zum 1. November 1925 und dazu das Grundstück bis zum 1. November 1929 „in landwirtschaftliche Kultur zu nehmen“, also ordnungsgemäß zu kultivieren (ebd.: 14). In ihrem Bericht fünf Jahr später wird Bertha Ramsauer mit Stolz festhalten können: Zwei Wohnhäuser wurden gebaut. Das Land ist bis auf die letzten $\frac{3}{4}$ Hektar kultiviert, auf dem letzten Zehntel soll ein „Naturpark“ entstehen. „Dort soll Heide wachsen und die Birke gedeihen, wenn weit und breit keine Heide mehr zu sehen sein wird.“ (ebd.: 14)

Von einer Stiftung war, nach Gründung des Vereins im August 1923, zunächst nicht die Rede. Bertha Ramsauer rief in der ersten Ausgabe der von ihr herausgegebenen „VHS-Blätter - Mitteilungsblätter - für alle Freunde und Anhänger der Volks- und Heimvolkshochschulen im Freistaat Oldenburg“³ die früheren Schüler:innen zum Eintritt in den Verein auf. Sie würden bisher schon als Mitglieder geführt, auch ohne formelle Zugehörigkeit, die Zeit der „halben Mitglieder“ sei jetzt jedoch vorbei: „Wer bis zum 15. September nichts von sich hören lässt, wird in der Mitgliederliste gestrichen.“ (VHS-Blätter 1. Jg. 1924. H1: 3) Die Satzung des „Vereins zur Förderung des Volkshochschulheims, e.V.“ ist im übernächsten Heft der VHS-Blätter abgedruckt. Als einziger Vereinszweck wird „die Förderung des Volkshochschulheims“ genannt. Von den acht zu bestimmenden Vorstandmitgliedern müssen mindesten vier ehemalige Schülerinnen des Volkshochschulheims sein (vgl. VHS-Blätter, 1. Jg. 1924, H. 3: 7 ff.).

Genannt werden die am 29. Juni 1924 gewählten Vorstandmitglieder:

- Ahrens, Obersekretär, Oldenburg
- Blohm, Schlossermeister, Volkshochschule Edewecht
- Dugend, Oberverwaltungsgerichtsrat, Oldenburg
- Franzen, Dreher, Volkshochschule Edewecht
- Heinen, Lehrerin, Westerstede
- Hug, Ratsherr, Rüstringen
- Hull, Eversten bei Oldenburg
- Jung, Studienrat, Emden
- Kaufmann, Direktor, Delmenhorst

² NLA OL, Erw 119. Akz. 2017/038 Nr. 85: Auszüge aus der Vertragsurkunde zum Grundstückskauf in Husbäke 12.12.1923

³ Das erste Heft der VHS-Blätter ist nicht datiert, das zweite mit „September 1924“. Es sollte zunächst monatlich erscheinen, 1926 heißt es, „mindestens 6mal im Jahr“. Die Bezugsgelder waren zu zahlen an die „Oldenburger Landeszeitung“.

- Kluckhohn, Professor, Delmenhorst
- Prelle, Lehrer, Oldenburg
- Ramsauer, Studienrätin, Oldenburg
- Wiemann, Lehrer, Volkshochschule Edeweicht

Welche Überlegungen dazu führten, zusätzlich zu dem Verein im Jahr 1925 eine Stiftung zu gründen, ist aus den vorliegenden Quellen nicht zu ersehen. Im Verhältnis von Verein und Stiftung gab es in der ersten Zeit durchaus Unklarheiten, die Bertha Ramsauer z.B. in einem Artikel in den VHS-Blättern (3.1926.23/24) aufzuklären versuchte.

2. Von der Stiftungsgründung bis zum Beginn der NS-Diktatur (1925 - 1933)

Die Gründung der „Volkshochschulheim-Stiftung“, des Vorläufers der heutigen Bertha-Ramsauer-Stiftung, erfolgte Ende April 1925. Die Stiftungsurkunde⁴ trägt das Datum 30. April 1925, die Genehmigung wurde mit Verfügung des Oldenburger Staatsministeriums vom 9. Mai 1925 erteilt. Die Stiftungsurkunde beginnt mit dem Satz:

„Wir Unterzeichneten errichten eine „Volkshochschulheim-Stiftung“ mit dem Sitz in Oldenburg“.

Unterzeichnet ist das Dokument von:

- Bertha Ramsauer
- Eugen Dugend
- Theodor Tantzen
- Paul Hug
- Franz Reyersbach

Als Vorstand „erstmalig“ werden genannt:

- Studienrat⁵ Ramsauer (Vorsitz)
- Oberverwaltungsgerichtsrat Dugend (stv. Vorsitz)
- Theodor Tantzen-Heering
- Fräulein Lehrerin Frieda Heinen

Aufgeführt wird als Zweck der Stiftung:

1. Errichtung und Unterhaltung von Volkshochschulheimen
2. Sonstige Förderung des Volkshochschulwesens (siehe Anlage Stiftungsurkunde 1925)

Die sachlichen Mittel, die dafür zur Verfügung standen, werden in der Stiftungsurkunde wie folgt aufgelistet:

- 3.500 RM, die bei Th. Tantzen-Heering für Volkshochschulzwecke eingegangen sind
- Inventarstücke und Bücher, die aus Beträgen für Volkshochschulzwecke angeschafft

⁴ NLA OL, Erw 119, Akz. 2017/038 Nr. 40

⁵ Richtig wäre „Studienrätin“.

wurden und zwischen 1921 von Th. Tantzen-Heering Bertha Ramsauer zur Verfügung gestellt wurden

- Von E. Dugend persönlich an B. Ramsauer übergebene Möbel, Bücher und Bilder für Volkshochschulzwecke
- Die von F. Reyersbach übernommene Verpflichtung, die Schulden der Volkshochschule bei der Sparkasse Oldenburg in Höhe von RM 2.000 sowie deren Zinsen zu tilgen
- Eventuelle Zuwendungen des Vereins zur Förderung des Volkshochschulheims
- Zuwendungen von „anderer Seite“
- Die jährlichen Erträge des Stiftungsvermögens

Die letzten drei Punkte sind nicht näher spezifiziert.

Die Arbeit der Stiftung und des weiter bestehenden Vereins im Gründungs- und im Folgejahr stand ganz im Zeichen der Schaffung eines eigenen Volkshochschulheimes. In Jahresfrist konnte dafür ein Gebäude auf einem Moorkolonat in der Nähe Edewechts errichtet und im Mai 1925 dort die ersten Volkshochschulkurse durchgeführt werden (vgl. Dannemann 1994: 13). In den VHS-Blättern wird bereits 1924 vom „Volkshochschulheim Edewecht“ berichtet, und zwar über Feldarbeiten, Torfgraben und Ziehen von Entwässerungsgräben zur Vorbereitung der Bebauung des Landes, weiter auch über „unsere Mädchen“, die bei schlechtem Wetter drinnen mit Näh- und Bastelarbeiten dazu beigetragen hätten, „manchen Groschen oder Naturalien“ zu erwirtschaften. (VHS-Blätter, 1. Jg. 1924 H. 1: 5) Bildungsarbeit findet daneben auch schon statt. Berichtet wird von einem Herbstkurs Anfang Oktober, der auf 8 Tage verkürzt werden muss, weil die Lehrkräfte nur für eine Woche kommen können und noch viel Arbeit auf dem Moore zu tun ist. (VHS-Blätter, 1. Jg. 1924 H. 2: 5)

Der erste neunmonatige Kurs konnte schließlich im Frühjahr 1926 kurz vor Einweihung des ersten Hauses beginnen (Bertha-Ramsauer-Stiftung 1985: 52). In dieser Zeit entschied sich Bertha Ramsauer, keine Männerkurse mehr durchzuführen und sich ganz auf die Arbeit mit jungen Frauen zu konzentrieren.

Neben Volkshochschulkursen wurden Vorbereitungskurse auf die schulwissenschaftliche Vorprüfung für angehende Lehrerinnen und Samariterkurse für Schülerinnen des Heims und der Siedlung durchgeführt. Auch verschiedene sozialpädagogische Angebote wurden eingerichtet, so ein Kindergarten für die Kinder der Siedlung, später ein Hort für ältere Kinder. Weiter wurde Schwimmunterricht für die Siedlerjugend, aber auch für Schülerinnen angeboten. (Vgl. ebd.: 54 f.)

Das zweite Haus wurde im September 1928 eingeweiht (ebd.: 55).

Zusätzlich zur Arbeit in Husbäke/Edewecht wollte Bertha Ramsauer an die Erfahrungen der Arbeit in Osterburg/Oldenburg anknüpfen und gründete daher im Jahr 1927 ein Schülerinnen-Heim in Oldenburg, am Stau 14, das von ihr bis 1930 geleitet wurde (vgl. ebd.).

Nach der aufreibenden, aber doch erfolgreichen Aufbauzeit in Husbäke erfuhr die Arbeit starke Veränderungen in den Wirtschaftskrisen Jahren der Weimarer Republik. Bertha Ramsauer entschloss sich, in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Oldenburg des Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz, einen Freiwilligen Arbeitsdienst Mädchen in dem VHS durchzuführen. Dafür wurde eine zusätzliche Baracke für eine erste Gruppe – 20 junge Mädchen – in einem zunächst offenen Lager im Oktober 1932 gebaut. Fünf Teilnehmerinnen wohnten im Heim, 15 kamen aus der näheren Umgebung, meist mit dem Fahrrad. Ihre Hauptbeschäftigungen waren Nähen für die Winterhilfe und Kochen für die Husbäker Kinder (vgl. ebd.: 53f und VHS-Blätter 9.1932.6: 2).

Versuchen wir, das Wirken der Volkshochschulheim-Stiftung in der damaligen Zeit genauer zu beschreiben, so ist dies schwierig. Die Quellen geben in erster Linie Auskunft über den weiterbestehenden „Verein zur Förderung des Volkshochschulheimes“. In den VHS-Blättern wird regelmäßig zu seinen Mitgliederversammlungen eingeladen und über seine Tätigkeit berichtet, kaum dagegen jedoch über die Stiftung.

Im Verhältnis von Verein und Stiftung gab es offenbar anfangs ungeklärte Fragen. Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 5. April 1925 war beschlossen worden, dass der Verein mit seinem Besitz als Stifter der Volkshochschulheim-Stiftung beitrifft. Die Einladung zur Mitgliederversammlung am 14. März 1926 nimmt die Frage der Stellung des Vereins zur Stiftung erneut auf und stellt die Alternative Weiterbestehen des Vereins, mit Aufgaben wie z.B. Werbung von Schülerinnen und Schülern, oder Auflösung zur Diskussion. (vgl. VHS-Blätter 3.1926.19/20: 6 f.) In einem späteren Heft (VHS-Blätter 3.1926.23/24:8) berichtet Bertha Ramsauer dann unter der Überschrift „Wer ist Träger unseres Volkshochschulheims?“ über das Ergebnis der Beratungen. Danach kam dem Verein mit seinen damals rund 250 Mitgliedern die Aufgabe zu, die Arbeit der Stiftung zu unterstützen, insbesondere finanziell durch Mitgliedsbeiträge sowie durch Pflege der Verbindungen zwischen alten und neuen Schülerinnen und Schülern und den Freunden des Volkshochschulheims. Hier ist anzumerken, dass auch der „Freundeskreis“ weiter bestehen blieb.

Der Verein – so legen es die Quellen nahe – blieb nach der Stiftungsgründung weiter die Gemeinschaftsform, in der über die Volkshochschularbeit beraten und beschlossen wurde. Bis

zum Jahr 1935 ist die Existenz des Vereins verbürgt. Zum Ende dieses Jahres war in der Einladung zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung als einziger Tagesordnungspunkt die Auflösung des Vereins vorgesehen. (VHS-Blätter 12.1935.5: 5) 1955 wurde eine Neugründung versucht.⁶

3. Übergangsphase (1933-1935)

Nach dem radikalen politischen Umbruch 1933 mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten war zunächst fraglich, ob und wie die Volkshochschularbeit fortgesetzt werden konnte. Klare Vorstellungen über Inhalte und Strukturen der Volksbildung waren in der NS-Führung nicht vorhanden. Unter einer in Berlin eingerichteten „Hauptstelle für Volkshochschulen“ sollten alle Erwachsenenbildungsaktivitäten gleichgeschaltet werden. In einem Schreiben wurde dem VHSH Husbäke mitgeteilt, dass ohne Zustimmung der „Hauptstelle für Volkshochschulen“ keine Volksbildungsarbeit mehr möglich sei (vgl. VHS-Blätter 10.1933.2: 1). Bertha Ramsauer will ihr Werk retten und ist zur Anpassung bereit. So wird im August 1933 eine Umstrukturierung des Stiftungsvorstandes vorgenommen: Die „Vertreter des alten Systems“ - als diese galten Theodor Tantzen und Paul Hug – mussten aus dem Vorstand ausscheiden. Ebenso wurde die Forderung akzeptiert, dass mindestens 60 Prozent der Vorstandsmitglieder NS-Parteimitglieder sein mussten (vgl. Eggemann 1997: 189).

Die Arbeit des Freiwilligen Arbeitsdienstes wurde fortgeführt, jedoch nun in einem geschlossenen Lager in Trägerschaft der NSDAP. Auf einer Tagung im Volkshochschulheim wurde darüber beraten, ob die Gebäude und Grundstücke zu Ostern 1934 dem weiblichen Arbeitsdienst geschenkt oder für einige Jahre verpachtet werden oder eine Fortführung der Volkshochschularbeit angestrebt werden sollte. „Bald waren wir uns darüber einig, dass wir weiterhin Volkshochschularbeit leisten wollen, und zwar in ihrem eigentlichen Sinn, dem der Erwachsenenbildung.“ (Bertha Ramsauer in: VHS-Blätter 1933.3: 2) Neben den Arbeitslagern des Arbeitsdienstes seien Stätten notwendig, „die in erster Linie der Selbstbesinnung und Vertiefung, der Beschäftigung mit dem deutschen Geistesgut der Vergangenheit und Gegenwart dienen.“ (Ebd.). Eine mögliche Aufgabe könne auch sein, junge Frauen aus der Stadt in die Landwirtschaft und den bäuerlichen Haushalt einzuführen, so dass sie sich eventuell auf Siedlungsarbeit und Arbeit in Landkindergärten umstellten (vgl. ebd.).⁷

In ihren Beiträgen in den VHS-Blättern in dieser Zeit betonte Bertha Ramsauer das Gemeinschaftsbildende der Arbeit der Heimvolkshochschule Edewecht, wodurch „junge Menschen

⁶ Laut Eintrag im Verzeichnis des Bertha-Ramsauer-Nachlasses (NLA OL, Erw 119, Akz. 2017/038 Nr. 44).

⁷ Entsprechende Überlegungen finden sich bereits in einem Beitrag von Bertha Ramsauer im Mai 1933 (vgl. VHS-Blätter 10.1933.1: 2).

der verschiedenen Klassen, Stände und Berufe, der verschiedenen Gegenden“ zusammengewachsen seien. In diesem Sinne sei „letztes Ziel“ ihrer Volkshochschularbeit die „Volksgemeinschaft“ gewesen. (VHS-Blätter 10.1933.1: 3). Mit diesem Aufgreifen eines zentralen Narrativs der NS-Ideologie hoffte sie offensichtlich, die Existenz der Heimvolkshochschule auch unter den neuen politischen Machtverhältnissen sichern zu können. Zugleich lassen sich in ihren Texten auch Distanzierungen von der NS-Politik finden, wobei sie sich insbesondere auf ihre tiefen religiösen Überzeugungen stützt: „Vor Gott habe ich verantwortet, was ich für dieses Haus getan habe [...]. Es ist nicht wesentlich, daß der äußere Rahmen, der Namen einzelner Menschen bleibt; wesentlich ist, daß der Geist dieses Hauses, soweit er von Gott ist, bleibt und weiter getragen wird durch Euch zu Euern Kindern und Kindeskindern.“ (VHS-Blätter 10.1933.3: 2) An anderer Stelle schreibt sie von „der Gefahr, Machpositionen rücksichtslos auszunutzen“ und plädiert für „aufbauende Kritik [...], die aus Verantwortung für unser Volk Schäden aufzeigt, die entstanden sind oder zu entstehen drohen.“ (VHS-Blätter 10.1933.5: 2)

Die im August 1933 angekündigten Richtlinien zur Volkshochschularbeit ließen auf sich warten, im Frühjahr 1934 lagen sie immer noch nicht vor. Sie sollten nach der am 1. Mai 1934 erfolgten Bildung des Reichministeriums für Erziehung, Unterricht und Volksbildung herauskommen (vgl. VHS-Blätter 11.1934.2: 1), aber auch Monate danach muss Bertha Ramsauer ihr Ausbleiben vermelden (VHS-Blätter 11.1934.3: 1). Sie lotete verschiedene Möglichkeiten der Weiterarbeit aus. Ein Versuch, sich dem „Bund für niedersächsische Volkshochschulen und Volksbildungsheime“ anzuschließen, wurde negativ beschieden (vgl. Dannemann 1994: 58 f.). Der Bund hatte ein völkisch-rassistisch geprägtes Selbstverständnis und eine unverheiratete Frau als Heimleiterin war sicher nicht vereinbar mit seiner Idealvorstellung der Gestaltung einer bäuerlichen VHS nach dem Vorbild einer bäuerlich-patriarchalen Großfamilie (vgl. Dannemann 1994: 59). Eine Verbindung zu dem im Juli 1933 gebildeten „Reichsbund für Volkstum und Heimat“, in dem alle Vereine der Volkstums- und Heimatpflege gleichgeschaltet werden sollten, schien sich anzubieten. Mit dessen Vertretern aufgenommene Kontakte verliefen positiv, führten jedoch letztlich zu keinem Ergebnis, da der „Reichsbund für Volkstum und Heimat“ 1935 wieder aufgelöst wurde (vgl. Olbrich 2001: 240). Den Hauptgrund hatte dies wohl im Gerangel verschiedener NS-Staats- und Parteistellen über Zuständigkeiten im Feld der Erwachsenenbildung (vgl. ebd.: 233 ff.). Dieser Prozess kam erst im Jahr 1937 durch Bildung einer „Reichsarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung“ (auf regionaler Ebene: „Gauarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung“) zu einem vorläufigen Abschluss (vgl. ebd.: 240). Zunächst scheint die Arbeit im VHS Husbäke in Inhalt und Methodik wie bisher weitergeführt worden zu sein. Der traditionelle lange Kurs startete Anfang Mai 1933 mit 22 Schülerinnen

und Lehrlingen, 2 Schülerinnen wurden noch erwartet. „So stark wie in diesem Sommer hatten wir unsere Häuser noch nie besetzt“, schrieb Bertha Ramsauer in ihrem Bericht in den VHS-Blättern (10.1933.1: 1). Der freiwillige Arbeitsdienst wurde mit einer Gruppe von bis zu 22 „arbeitsdienstwilligen“ jungen Frauen, darunter einige Altschülerinnen, wieder angeboten, nun allerdings in Trägerschaft der NSDAP (vgl. ebd.).

Der traditionelle Winterkurs 1933/34 konnte ebenfalls noch stattfinden. Parallel wurde auch der Freiwillige Arbeitsdienst für junge Frauen weitergeführt. Bertha Ramsauer nahm sich jedoch bereits Ende September eine mehrmonatige Auszeit bei ihren Schwestern in Hannover, um „aus der Entfernung und aus gesammelter Ruhe heraus Edewecht und seine Möglichkeiten der Mädchenführung und -Bildung im neuen Staat“ (VHS-Blätter 10.1933.2: 2) zu überdenken. Zuvor, am 10. September 1933, hatte sie noch zu einem Treffen der Altschülerinnen und Mitarbeiterinnen eingeladen, auf dem die alle umtreibende Frage „Was wird aus Edewecht nach dem Winter 1933/34?“ erörtert wurde. Bertha Ramsauer berichtet über die Ergebnisse in der folgenden Nummer der VHS-Blätter. Es habe schnell Einigkeit darüber gegeben, dass Volkshochschularbeit „in ihrem eigentlichen Sinn, dem der Erwachsenenbildung“, weiter geleistet werden solle. Durch eine große Anzahl jüngerer Schülerinnen in den letzten Jahren drohte dieser Kern verloren zu gehen. „Neben den hoffentlich bald zahlreichen guten Arbeitslagern für Mädchen schienen uns einzelne Stätten in Deutschland notwendig zu sein, die in erster Linie der Selbstbesinnung und Vertiefung, der Beschäftigung mit dem deutschen Geistesgut der Vergangenheit und Gegenwart dienen.“ Daneben sollte die Volkshochschule mit einer eigenen kleinen Landwirtschaft verbunden werden, um „einigen Stadtmädchen die Möglichkeit zu geben, durch tägliche Hilfe unsere Landwirtschaft unter einer Landwirtschaftslehrerin Landwirtschaft kennen zu lernen und sich eventuell auf Siedlungsarbeit oder Arbeit in Landkindergärten umzustellen.“ (VHS-Blätter 10.1933.3: 2)

Für das kommende Frühjahr wurde also die Fortführung der Arbeit geplant, ein neuer Volkshochschulkurs auf dem Moor sollte am 17. April 1934 starten. Dies sei „Ergebnis gründlichen Prüfens der Möglichkeit und der Notwendigkeit, neues Leben in neuer Zeit mitzugestalten“, schrieb Bertha Ramsauer in den VHS-Blättern (11.1934.1: 1) Und weiter: „Der volle Einsatz unserer pädagogischen Kraft im neuen Reich bedeutet keinen Bruch mit unserer Vergangenheit.“ Sie betonte den „Glauben an den neuen Menschen, der tief wurzelte im Kulturboden des Vaterlandes, der in schlichter Herzlichkeit und Natürlichkeit den Weg zum Nächsten finde, der durchglüht sei vom Verantwortungsgefühl für die wirtschaftlich unterdrückten Brüder und Schwestern“ und die damals ausgesprochene Überzeugung, „daß der gesunde Ausgleich der Klassen nie gefunden werden könne, losgelöst von der Bindung an göttliches Wesen“ (ebd.).

Und wieder, wie am Anfang ihrer Arbeit, berief sie sich auf Pestalozzi, den „Prediger des Volkes“, den „Erzieher der Menschheit“: „Wie Pestalozzi, so glauben wir an die mütterliche Bildungskraft.“ (ebd.) Sie zitierte ihn ausführlich, hier nur ein zentraler Satz: „Ich muss die Bildung der Kinder in die Hand des Weibes legen, in dessen Herz Gott die Kraft der Bildung gelegt.“ (ebd.)

Es ist offensichtlich, dass Bertha Ramsauer sich damit von der NS-Ideologie abgrenzen wollte, sehr deutlich auch mit dem von ihr im nächsten Heft der VHS-Blätter zitierten Satz Antigones aus der Tragödie des Sophokles: „Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da.“ (VHS-Blätter 10.1933.5: 2)

Erstmals wurde in dem im April 1934 beginnenden Kurs eine Teilung in zwei Gruppen eingeführt: 12 Mädchen zwischen 15-18 Jahren (Jugendvolkshochschule) und 12 Schülerinnen im Alter von 18-30 Jahren (Volkshochschule). In der zweiten Gruppe wurde das Gewicht stärker als vorher auf praktische Arbeit auf dem Torffeld und in den Gärten gelegt (vgl. VHS-Blätter 11.1934.1: 2 f.) Die Umstellung auf Landwirtschaft hatte wohl auch wirtschaftliche Gründe, denn Bertha Ramsauer ging davon aus, „daß in Zukunft unser Betrieb durch unsere Arbeit allein erhalten werden kann“ (ebd.: 2). „Die Zeit der Romantik ist vorüber, der Wille zur fruchtbringenden, ernsthaften Arbeit lebendig.“ (Ebd.)

Der Bericht über den Kurs (VHS-Blätter 11.1934.3: 1 f.) verdeutlicht, dass praktische Arbeiten nun im Vordergrund standen und für Unterrichtszeiten (die Themen Kunstgeschichte, Handfertigkeit und Singen werden genannt) nur wenige Stunden am Nachmittag blieben (ebd.: 2). Bertha Ramsauer betonte dessen gemeinschaftsfördernde Wirkung: „Daß ... die gemeinsame Arbeit auf dem Lande und beim Vieh, ja auch im Torf ebenso stark verbindende Kräfte auslöst wie die gemeinsame geistige Arbeit, das lässt sich heute schon erkennen.“ (ebd.: 1).

Zum Winterkurs am 15. Oktober 1934 lagen 29 Anmeldungen vor (VHS-Blätter 11.1934.4: 4). Geplant war, nach Abschluss der Garten- und Feldarbeiten mit Spinnen und Weben zu beginnen (vgl. ebd.).

Zunehmend wurde die VHSH-Arbeit durch Vorgaben und Wünsche von NS-Organisationen geprägt, wie den Informationen über den Winterkurs im folgenden Heft der VHS-Blätter (12.1935.1: 5 f.) entnommen werden kann. Eine neue Mitarbeiterin, die aus Hermannsburg gekommen war, gab seit Dezember 1934 Unterricht in Rassenkunde, Vererbungslehre und Geopolitik. Elemente wie Gymnastik und musisch-kulturelle Bildung wurden mehr auf praktische Hilfen ausgerichtet, wie etwa musikalische Betreuung und Unterstützung von Veranstal-

tungen des Winterhilfswerks, der NS-Frauenschaften, von Kameradschaftsabenden der Deutschen Arbeitsfront u.a. (ebd.: 5). Eine Arbeitsgruppe des Reichsbundes Volkstum und Heimat, der vorwiegend die jüngeren Schülerinnen angehörten, half bei der Gestaltung dieser Feste durch Volkstanz und Laienspiel (vgl. ebd.: 5 f.).

Auch der Sommerkurs im Jahr 1935, beginnend am Tag nach Ostern, konnte noch „voll besetzt“ mit 20 Schülerinnen stattfinden (VHS-Blätter 12.1935.2: 5). Ab dem 20. Mai sollten daneben 10 Kindergärtnerinnen einen von der Reichsfachgruppe der Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen und Jugendleiterinnen organisierten Kurs besuchen (vgl. ebd.).

Die Berichte in den VHS-Blättern könnten darüber hinwegtäuschen, dass dies eine Zeit großer Ungewissheit über die Zukunft des Volkshochschulheims Husbäke/Edeweicht war. Die Weiterarbeit „ohne jede Unterstützung von außen aus eigener finanzieller Kraft mit Hilfe des alten Vereins zur Förderung des Volkshochschulheims“ (BR rückblickend in ihrem Lebenslauf vom 14. Dezember 1945) stieß an Grenzen, zumal „die Eltern aus Angst vor der NSDAP es nicht mehr wagten, ihre Kinder zu uns zu schicken“ (ebd.). Bertha Ramsauer sah sich vor der Alternative „Aufgabe der Arbeit oder Versuch, sie unter den neuen Machthabern im neuen Gewand, aber im Tiefsten in ihrem alten Sinn weiterzuführen.“ (ebd.)

Nachdem verschiedene Versuche gescheitert waren, einen Platz unter dem Dach einer von den Nationalsozialisten ‚gleichgeschalteten‘ Organisation zu finden (s.o.), suchte Bertha Ramsauer die Zusammenarbeit mit dem Mütterdienst des Deutschen Frauenwerkes. Dies schien ihr, so schreibt sie Ende 1945 in ihrem Lebenslauf, das „Harmloseste“ zu sein.

4. Von der Übertragung der Arbeit an den Reichsmütterdienst bis zum Ende der NS-Diktatur (1935-1945)

Nach längeren, mit Zustimmung des Vorstandes der Volkshochschulheim-Stiftung geführten Verhandlungen mit dem Deutschen Frauenwerk und Luise Lampert, „die seit vielen Jahren in Württemberg in der Mütterschularbeit steht“, wurde am 22. Mai 1935 mit der zuständigen Gaufrauenschaftsleiterin ein Plan entworfen, das Heim „in die Arbeit des Deutschen Frauenwerkes einzugliedern“ (VHS-Blätter 12.1935.4: 9 f.). Bertha Ramsauer war bereit, die Leitung der neuen Arbeit zu übernehmen. Sie informierte die Mitarbeiterinnen und Schülerinnen über diese Planungen in einer Ansprache im September 1935.

Für die Übertragung der Arbeit an den Reichsmütterdienst war eine Vereinbarung ausgearbeitet worden, datiert am 24. Mai 1935. Mit Bleistift darauf ist vermerkt: „Vertragsentwurf. Kernbestimmungen“.

Der wesentliche Inhalt findet sich in den folgend zitierten bzw. zusammengefassten Abschnitten:

„In Verfolg ihres Zieles [es wird Bezug genommen auf die Zweckbestimmung in der Stiftungsurkunde vom 30. April 1925 und vom 13. März 1928] stellt die Volkshochschulheimstiftung vom 1. Okt. 1935 an ihre gesamten Einrichtungen (Grundstücke, Häuser, lebendes und totes Inventar usw.) unentgeltlich in die Dienste des Reichsmütterdienstes im deutschen Frauenwerk zwecks pfleglicher Benutzung für die Aufgaben des Reichsmütterdienstes.“ [...]

„Die Leiterin und drei Lehrkräfte des Volkshochschulheims gehen, wenn sie es wünschen, am 1. Okt. in die vom Reichsmütterdienst durchgeführte Arbeit über.“

Die Vereinbarung soll zunächst bis zum 1. April 1940 gelten und weiterlaufen, wenn sie nicht von einer Seite ein Jahr vorher zum 1. April gekündigt wird.

„Die Volkshochschulheimstiftung behält sich die Übertragung ihrer Einrichtungen in das Eigentum des Reichsmütterdienstes vorläufig vor.“

Aus der von Bertha Ramsauer auf der September-Tagung 1935 gehaltenen Ansprache geht hervor, dass es zu einem Abschluss dieser Vereinbarung bis dahin nicht gekommen war. (Vgl. VHS-Blätter 12.1935.4: 10). In derselben Ansprache musste sie jedoch die Beendigung der Arbeit der VHSH mit dem Einholen der Fahne verkünden. Es wehte nun nur noch die Hakenkreuzfahne (vgl. ebd.).

Dass dieser Schritt einen Bruch mit der bisherigen Arbeit darstellte, wurde in ihrer Ansprache deutlich: „Heute begrüße ich Euch zum letztenmal als Volkshochschulkreis. Mit unserer Arbeit geht die letzte Volkshochschularbeit im Oldenburger Land und damit vielleicht die letzte Volkshochschularbeit in ganz Deutschland zu Ende.“ (ebd.: 1)

Das Interesse des Deutschen Frauenwerks an einer Übernahme des VHSH Husbäke hatte einen Grund möglicherweise in der stärkeren Einbindung der Mütterschulen in das Kriegsvorbereitungsprogramm seit 1936 (vgl. Dannemann 1994: 72). In der NS-Frauenpolitik wurde der Mütterschularbeit ein wichtiger Stellenwert beigemessen. Das Deutsche Frauenwerk errichtete 1935 eine Abteilung „Mütterdienst im Deutschen Frauenwerk“ und sprach ihr das alleinige Recht zu, Mütterschulkurse durchzuführen (vgl. Lepper-Schone 1990: 208). Zur angestrebten Kriegs- und Angriffsbereitschaft gehörte die „Anpassung der Frau an die Ernährungslage“ (so die NS-Frauenschaftsführerin Scholtz-Klink, zitiert nach Dannemann 1994: 73). Darauf ausge-

richtete Schulungen sollten vermitteln, wie ein Haushalt sparsam zu führen ist, Reste verwertet, Haushaltsgegenstände oder Kleinmöbel selbst angefertigt und alte Materialien wiederverwertet werden können (vgl. ebd.).

Im Winter 1935/36 wurde die Arbeit in Husbäke entsprechend dem mit dem Deutschen Frauenwerk ausgehandelten Plan neugestaltet (vgl. VHS-Blätter 12.1935.5: 1 ff). Das Deutsche Frauenwerk, Gauschule Weser-Ems, Abteilung Mütterschulung war nun Träger. Das Volkshochschulheim Edeweht/Husbäke wurde umbenannt in „Moorschule Husbäke“. Die Leitung wurde Bertha Ramsauer übertragen. Drei Lehrkräfte waren mit ihr für den Unterricht verantwortlich.

Die neuen Kurse dauerten nur ca. einen Monat, der erste sollte im Dezember beginnen. Teilnehmerinnen waren Frauen aus der Region, die „jeden Tag etwas Neues auf praktischem Gebiet lernen, das für ihr ganzes späteres Leben wichtig ist...“ „Aber wir möchten sie auch zu neuen Erkenntnissen führen, damit sie tüchtige Glieder unserer Volksgemeinschaft werden.“ (Ebd.: 1) Inhalte waren Nähen, Flicken, Stopfen, Säuglingspflege, Hausarbeiten und einfache Rezepte, körperliche Übungen, abends Vorlesen, Erzählen, Bildbetrachtungen, Spielen – „alles im Hinblick auf die Mutter, die im Kreise ihrer Kinder Sonn- und Festtage und Feierabendstunden gestaltet“ (ebd.: 2). Ab Ostern 1936 wollte die Moorschule zusätzlich „Jahresschülerinnen“ (Praktikantinnen) aufnehmen (vgl. ebd.).

Weitere Berichte über die Arbeit 1936/37 waren nicht zu finden. Nach langer Pause, erst Ende 1937, erschien wieder eine Ausgabe der VHS-Blätter, die zugleich die letzte war. Die „Moorschule Husbäke“ war nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zur „Reichsbräuteschule und Reichsheimmütterschule Husbäke“, die auf Beschluss der Reichsfrauenführerin Scholtz-Klink nach einem Besuch im Februar 1937 eingerichtet wurde (VHS-Blätter 12.1937.6: 1). Grund und Boden wurden vom Deutschen Frauenwerk gekauft, das Land mit Gärten und Pächterhaus gepachtet. Es fanden umfangreiche Umbauten der beiden Häuser statt, die mit zwei neuen zu einem Ensemble verbunden wurden. Als „Muster für eine Stadtrandsiedlung“ wurden zudem ein Arbeiterhaus sowie ein „mustergültiges landwirtschaftliches Gebäude, Wohnhaus und Stall unter einem Dach“ gebaut (ebd.). Über die Arbeit bzw. die Nutzung der Gebäude berichtet Bertha Ramsauer kurz: „... unser altes Haus wird das Heim der verheirateten und unverheirateten Frauen, die zu vierwöchentlichen Reichsmütterschulkursen zusammenkommen. In unserem kleinen Haus wohnen Lehrkräfte und Helferinnen. In den beiden neuen Häusern sind Wohn- und Schlafräume für SS- und SA-Bräute, die sechs Wochen geschult werden“. (Ebd.: 1 f.)

Während Bertha Ramsauer zufolge der Ankauf von Grundstücken und Häusern durch das Deutsche Frauenwerk bereits im Jahr 1937 erfolgte (vgl. ebd.: 1), datiert die Stiftung rückblickend den An- bzw. Verkauf auf das Jahr 1941. Ab diesem Zeitpunkt habe die Stiftungsaktivität geruht.⁸ Mit der Überlassung von Gebäuden und Grundstücken in Husbäke an das Deutsche Frauenwerk, die später durch Verkauf besiegelt wurde, hatte die Stiftung faktisch und dann auch formell keinen Einfluss mehr auf die Arbeit.

In einem Brief an Grete Devulder Ende Juni 1937 hatte Bertha Ramsauer starke Zweifel daran geäußert, ob es gelingen könne, „aus der neuen Schule etwas wirklich Gutes zu machen“ (Ramsauer 1937: 144). „Ich hätte ihr so gern all unsere Erfahrungen, all das Große, das wir miteinander erlebt haben, zugeführt. Es soll nicht sein.“ (Ebd.) Sie hatte ihre alten, treuen Mitarbeiterinnen nicht mitgenommen, was sie damit zu erklären versuchte, dass „von vornherein ... eine zweite Gruppe neben uns“ stünde, „die uns nicht begreift“ (ebd.). „So ist es besser, es kommen erst nur andere.“ (Ebd.: 145) Aber sie hatte die Hoffnung darauf, die Arbeit in ihrem Sinne prägen zu können, noch nicht völlig aufgeben: „Sorgt Euch nicht um mich. Entweder ich werde fertig oder ich werde gehen, resp. gegangen werden. Wenn ich fertig werde, so heißt das: ich habe das Glück, auch andere unseres Geistes zu finden, etwa 2, und dann kann ich Euch nachholen, und wir werden es richtig schaffen. Vielleicht in 2 Jahren.“ (ebd.)

Nach der Übernahme des Volkshochschulheims Husbäke durch das Deutsche Frauenwerk und seiner Umgestaltung zur Reichsbräute- und Reichsheimmüterschule waren die Möglichkeiten einer Einflussnahme auf Form und Inhalt der Bildungs- bzw. Schulungsarbeit im Sinne des Bildungsverständnisses von Bertha Ramsauer jedoch sehr stark eingeschränkt. Die Vorgaben für die Kurse kamen von der NS-Frauenschaft, das Deutsche Frauenwerk war für die Umsetzung zuständig.

Bertha Ramsauer hatte sich große Mühe gegeben, das Vertrauen der Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink zu gewinnen. Mehrere Monate hatte sie im Winter 1936/37 in der Reichsstelle des Deutschen Frauenwerkes in Berlin gearbeitet und sich bereit erklärt, eine rasenpolitische Schulung in Potsdam zu besuchen (vgl. Dannemann 1994: 78). 1937 wurde sie schließlich auch NSDAP-Mitglied, da sie nur so habe ihre Arbeit fortführen können – so schrieb sie im Dezember 1945 in ihrem Lebenslauf, den sie als Anlage ihrem Entnazifizierungsantrag beifügte (vgl. Ramsauer 1945: 161).

Zur Arbeit der Reichsbräute- und Reichsmüterschule Husbäke/Edeweicht, die bis zum März 1945 fortgeführt werden konnte, fehlen schriftliche Quellen. Unterlagen wurden von Bertha

⁸ Schreiben der Stiftung an die Stiftungsaufsicht vom 5.9.1953

Ramsauer am Kriegsende verbrannt. In einem Verhör am 11. Juni 1945 wurde sie von kanadischen Besatzungssoldaten dazu befragt, was sie in einer Aktennotiz festhielt: „Ich hatte den Eindruck, dass die Tatsache des Verbrennens besonderen Ärger hervorrief. In Wirklichkeit haben wir damals empfunden, dass es Unrecht war, taten es aber doch, um nicht etwa anderen dadurch zu schaden, dass ihre Namen in unseren Akten später gefunden würden“ (zit. n. Eggemann 1997: 191).

In den letzten Kriegswochen wurden Alte, Kranke und Flüchtlinge in den Gebäuden untergebracht, zeitweilig bis zu 300 Personen (Bertha-Ramsauer-Stiftung 1985: 55). Im April 1945 trafen Flammenwerfer das Anwesen, 11 Menschen starben und das unbewohnte Pächterhaus brannte vollständig nieder (vgl. ebd. und Ramsauer 1969: 165).

5. Von Kriegsende bis zur Rückübertragung des Grundvermögens (1945-1953)

Bertha Ramsauer galt für die Besatzungsmacht als belastet und das Grundvermögen der Stiftung war als Teil des Besitzes des nationalsozialistischen Deutschen Frauenwerkes beschlagnahmt worden. Trotz Unterstützung alter Freunde, auch von Theodor Tantzen und Eugen Dugend, waren ihre hoffnungsvollen Bemühungen um Wiederaufnahme der Volkshochschulheim-Arbeit in Husbäke unmittelbar nach Kriegsende nicht erfolgreich. Nach ihrer Entnazifizierung erreichte sie schließlich am 19.12.1946 die Erlaubnis zur Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit. Doch alle ihre Pläne wurden durch eine schwere Erkrankung, von der sie sich nicht wieder erholte, zunichte gemacht. Sie starb am 12. Juli 1947.

6. Zur Entwicklung des Stiftungsvorstandes (1925-1953)

In diesem Abschnitt soll die Entwicklung der Zusammensetzung des Vorstandes im Zeitraum von der Gründung bis zum Ruhen bzw. der Wiederaufnahme der Stiftungstätigkeit im Jahr 1953 skizziert werden. Die jeweilige Zusammensetzung des Vorstandes spiegelt die sich ändernden Schwerpunkte in den Aufgaben der Stiftung und Einflussfaktoren seiner gesellschaftlich-politischen Umwelt wider.

6.1 Der Vorstand von der Stiftungsgründung bis zum Beginn der NS-Diktatur (1925-1933)

Gegründet worden war die Stiftung am 30. April 1925 mit dem Ziel der Unterstützung der Arbeit Bertha Ramsauers, die ihren sinnfälligen Ausdruck in den Bildungs- und sozialpädagogischen Aktivitäten des Volkshochschulheims Edeweicht in Husbäke hatte. Hauptzweck der Stiftung in jenen Jahren war der Aufbau und der Erhalt dieser Bildungsstätte. (Vergleiche im Anhang Stiftungsurkunde)

Als Stiftungsgründer hatte Bertha Ramsauer einflussreiche Freunde ihrer Arbeit finden können: den ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes Oldenburg Theodor Tantzen⁹ (Deutsche Demokratische Partei), den Oberverwaltungsgerichtsrat Eugen Dugend, das SPD-Mitglied des Oldenburgischen Landtages Paul Hug¹⁰ (1926-1929 Oberbürgermeister der Stadt Rüstringen) und den Kaufmann Franz Reyersbach¹¹, der die Stiftung insbesondere durch Übernahme der Tilgung eines Kredites bei der Sparkasse Oldenburg unterstützte.

Bertha Ramsauer als Vorsitzende, Eugen Dugend als stellvertretender Vorsitzender und Theodor Tantzen gehörten auch dem ersten Vorstand an, außerdem die Lehrerin Frieda Heinen.

Änderungen im Vorstand in der Zeit der Weimarer Republik gab es mehrfach, diese waren jedoch anhand der verfügbaren Quellen nicht genau rekonstruierbar. Ein Beitrag von Bertha Ramsauer in der Mai-Ausgabe 1926 der VHS-Blätter (3.1926.23/24:8) nennt als neue Vorstandsmitglieder Jann Berghaus¹², Regierungspräsident des Preußischen Regierungsbezirks Aurich, der wie Tantzen der Deutschen Demokratischen Partei angehörte, sowie Studienrat Jung aus Emden. Die Lehrerin Frieda Heinen (Westerstede) ist nicht mehr darunter, aber nun im Vorstand des Vereins zur Förderung des Volkshochschulheims. Außerdem, so schrieb Bertha Ramsauer, werde jedes Jahr ein Mitglied des Vereins „aus dem Kreise der früheren Schüler und Schülerinnen“ in den Stiftungsvorstand gewählt (ebd.).

Über die Tätigkeit des Stiftungsvorstandes in den Jahren der Weimarer Republik wissen wir wenig. Die von Bertha Ramsauer herausgegebenen VHS-Blätter berichteten dagegen öfter über die jährlichen Sitzungen des bereits 1923 gebildeten Vereins zur Förderung des Volkshochschulheims.

⁹ **Theodor Tantzen** (auch Tantzen-Heering) (1877-1947), Mitgründer der DDP, 1919-1923 Ministerpräsident des Freistaates Oldenburg, später Reichstagsabgeordneter, entschiedener Kritiker des aufkommenden Faschismus. Nach 1933 Rückzug auf seinen Hof in Butjadingen. 1939 und 1944 inhaftiert. 1945-1946 ernannter Ministerpräsident des wieder hergestellten Landes Oldenburg.

¹⁰ **Paul Hug** (1857-1934), Maschinenschlosser, SPD, Druckereibesitzer, Sozialdezernent der Stadt Rüstringen 1919-1926, Landtagsabgeordneter, im Oldenburger Landtag Zusammenarbeit mit Theodor Tantzen, 1926 Oberbürgermeister der Stadt Rüstringen. Nach 1933 wurde ihm von der NS-Regierung unter Berufung auf das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ die Pension gestrichen.

¹¹ **Franz Reyersbach** (1880-1936), Inhaber einer Fahrradgroßhandlung in Oldenburg, wurde am 14. Dezember 1936 im KZ Oranienburg ermordet. Der ehemalige Landesrabbiner Leo Trepp schrieb über ihn: Er „... war ein Mann von höchstem Intellekt. Atheist, aber stolzer Kämpfer fürs Menschenrecht, der nie schweigen konnte, wenn er Unrecht sah und daher seine Meinung offen aussprach ... Er war aus der [jüdischen] Gemeinde ausgetreten, doch besuchte ich ihn im Gefängnis, wo er seine Verschleppung in ein KZ-Lager erwartete.“ (Zit. nach Hans Fr. Redlefs: Die Familie Reyersbach: In Oldenburg einmal ein Begriff. NWZ 8. Februar 1984.) Reyersbach war Gründungsmitglied der DDP in Oldenburg (NWZ 8. Mai 1985 und 11. Mai 1985).

¹² **Jann Berghaus** (1870-1954). 1919 Abgeordneter in der Preußischen Landesversammlung für die DDP. 1922 bis 1932 Regierungspräsident des preußischen Regierungsbezirks Aurich, nach 1945 Präsident der Ostfriesischen Landschaft.

Zunächst war nach der Stiftungsgründung überlegt worden, diesen Verein aufzulösen. Seine Beibehaltung führte zu einer Doppelstruktur. Die Stiftung bildete eher die Stabilität gebende Rechtsform, und der Verein dagegen verkörperte die lebendige Verankerung im bildungsorientierten Bürgertum sowie die Verbundenheit der Alt-Schülerinnen. Bertha Ramsauer bezieht in dem genannten Beitrag (vgl. ebd.) die Anzahl der Vereinsmitglieder, die sich aus ehemaligen Schülern und Schülerinnen sowie Freunden des Volkshochschulheims zusammensetzte, auf rund 250. Der Vereinsvorstand war mit 15 Personen relativ umfangreich besetzt; ihm gehörten im Jahr 1926 neben Lehrern und Lehrerinnen, darunter ehemalige Schülerinnen und Schüler des Volkshochschulheims, auch die Mitglieder des Stiftungsvorstands Bertha Ramsauer, Eugen Dugend, Paul Hug und Jann Berghaus an.

Die Vertreter politischer Parteien im Vorstand, Theodor Tantzen, Paul Hug und Jann Berghaus, können im politischen Spektrum der Weimarer Republik als zur „Mitte-links“ gehörig verortet werden. Sie traten für die Weimarer Demokratie ein und waren der Überzeugung, dass Bürger aller sozialer Schichten durch Volksbildung befähigt werden müssen, sich aktiv am politischen Leben zu beteiligen.

Die Namen der Vorstandsmitglieder verweisen auf die damalige Vernetzung der Stiftung mit führenden Politikern und Verwaltungsbeamten sowie Vertretern des schulischen Bildungswesens des Oldenburger Landes.

Im Stiftungsvorstand war Bertha Ramsauer als Vorsitzende bis zu ihrem Tod 1947 die Konstante und bis zum Jahr 1933 galt dies ebenso für Eugen Dugend¹³, Theodor Tantzen und Paul Hug.

6.2 Zur Entwicklung des Vorstandes vom Beginn der NS-Diktatur bis zur Wiedererlangung des Stiftungsbesitzes (1933 bis 1953)

Der Einschnitt 1933 für den Vorstand war radikal, denn er konnte nur weiterbestehen, wenn er sich von den „Vertretern des Weimarer Systems“ – als diese galten Theodor Tantzen und Paul Hug – trennte und mindestens 60 Prozent seiner Mitglieder der NSDAP angehörten. Bertha Ramsauer vollzog diesen Schritt der Selbst-„Gleichschaltung“, weil sie die Hoffnung hatte, auch unter den neuen Bedingungen ihre Arbeit im ‚alten Geiste‘ weiterführen zu können.

¹³ **Eugen Dugend** (1879-1946) trat nach Studium der Rechtswissenschaften 1906 in den Oldenburger Staatsdienst und war Präsident des Oberverwaltungsgerichts Oldenburg von 1933 bis zu seinem Tod 1946. Sein Vater hatte dieses Amt bereits von 1906 bis 1918 innegehabt. In einem kurzen Nachruf im „Neuen Oldenburger Tageblatt“ vom 23. Mai 1946 hieß es: „Der Verstorbene war ein scharfer Gegner der Willkürherrschaft der Nationalsozialisten, der auch, soweit es ihm überhaupt möglich war, während dieser Zeit das wirkliche Recht gesucht hat.“

Über die Zusammensetzung, Sitzungen und Beschlüsse des Stiftungsvorstandes aus diesen Jahren lässt sich nichts Näheres sagen, denn Unterlagen dazu fehlen. Als Akteur mit eigenständigen Entscheidungsmöglichkeiten kann der Vorstand bereits ab 1933 kaum noch charakterisiert werden. Mit – wohl eher unfreiwilliger¹⁴ – Abtretung von Grundstück und Gebäuden an das Deutsche Frauenwerk zur Einrichtung einer Reichsmütterschule ruhte die Stiftungsarbeit.

Nach Kriegsende wurde durch Beschluss des Alliierten Kontrollrates vom 10. Oktober 1945 das Deutsche Frauenwerk verboten und sein Eigentum - somit auch die Grundstücke und Gebäude des Volkshochschulheims Edeweicht/Husbäke – wurde beschlagnahmt.

Bertha Ramsauer setzte sich mithilfe insbesondere ihres ehemaligen Förderers Theodor Tantzen für die Rückgabe ein, um die Volkshochschularbeit wieder aufnehmen zu können.¹⁵ In Fritz Kaestner, Staatsminister für Schulen und Kirchen im Kabinett Tantzen (1945 – 1946), fand sie einen Verbündeten, der das Ziel auch nach ihrem Tod im Jahr 1947 weiterverfolgte. Seinen hartnäckigen Bemühungen war es zu verdanken, dass der Stiftung schließlich im Jahr 1953 der Besitz rückübertragen wurde.

¹⁴ Bertha Ramsauer schrieb in den VHS-Blättern (12.1937.6:1): „Im Februar 1931 kam die Reichsfrauenführerin, Frau Scholtz-Klink, persönlich aufs Moor und bestimmte, dass unser einstiges Volkshochschulheim Reichsmütterschule des Deutschen Frauenwerkes werden solle. Sie ließ den Grund und Boden mit den beiden Häusern und der Baracke kaufen und das Land mit den Gärten und dem Pächterhaus auf weitere sechs Jahre pachten.“

¹⁵ Siehe Brief von Bertha Ramsauer an Fritz Kaestner vom 22.4.1946, abgedruckt in: Bertha ,Ramsauer. Berichte – Reden – Briefe:167).

III. Die Entwicklung der Stiftung von 1953 bis in die Gegenwart

1. Von der Idee der Wiederaufnahme der Volkshochschularbeit bis zum Verkauf der Gebäude und des Grundbesitzes (1953 – 1974)

Für die Wiedererlangung des Grundvermögens setzte sich insbesondere der ehemalige Staatsminister Fritz Kaestner ein. Die Bemühungen um Rückübertragung führten schließlich 1953 zum Erfolg. Mit der damit verbundenen Re-Konstitution der Stiftung war eine Satzungsänderung verbunden, da der die Stiftungsaufsicht wahrnehmende Verwaltungsbezirk Oldenburg Vermögensbindung forderte. Die Satzung sah daher nun vor, dass im Falle der Auflösung der Stiftung das Stiftungsvermögen an den Landesfürsorgeverband gehen sollte. (Vgl. Anhang Satzungsänderung vom 05.09.1953)

Zunächst hoffte die Stiftung, das nicht aufgegebene Ziel der Volkshochschularbeit in Husbäke wieder mit Leben erfüllen zu können. Dies schien in dieser Zeit noch ein realistisches Ziel zu sein, denn für viele Erwachsenenbildner, so auch für den damals verantwortlichen Referenten Heiner Lotze im Niedersächsischen Kultusministerium, stellten weiterhin die intensiven Formen der Bildungsarbeit in Heimvolkshochschulen den unverzichtbaren Kern der Bildung insbesondere junger Erwachsener dar (siehe auch zum Wiederaufbau der Erwachsenenbildung in Niedersachsen nach 1945 und der Rolle der Heimvolkshochschulen Gierke/Loeber-Pautsch 2000).

Gebäude und Grundeigentum in Husbäke blieben bzw. wurden in diesem Zeitraum für unterschiedliche Nutzungszwecke verpachtet (Unterbringung von Flüchtlingen, Lagerung von Materialien für den zivilen Bevölkerungsschutz etc.). Aus den Pachteinnahmen entwickelten sich erste Förderaktivitäten (zur Förderpolitik der Stiftung siehe Abschnitt IV.).

Ende der 50er und in den 60er Jahren war die Stiftung, insbesondere aber auch der weiter rege tätige „Freundeskreis“, außerdem darum bemüht, die Arbeit Bertha Ramsauers zu würdigen und zu dokumentieren. So entstanden die von der Stiftung herausgegebenen Bücher: „Bertha Ramsauer - Anwalt der Seele“ von Dora Hornbüssel (1961) und „Bertha Ramsauer: Berichte – Reden – Briefe“ (1967).

Da die Vorstandsprotokolle zumeist nur Ergebnisse festhalten, ist nicht genau zu sagen, wann und aus welchen Gründen das Ziel der Nutzung des Besitzes in Husbäke für Zwecke der Volkshochschularbeit aufgegeben wurde. Offenbar kam die Überlegung, Gebäude und Grundbesitz zu verkaufen, auf die Agenda, als Pachtverträge ausliefen und keine befriedigenden Neuverpachtungen in Aussicht standen.

2. Die Zusammensetzung des Vorstandes von der Neuaufnahme der Stiftungstätigkeit 1953 bis zum Jahr 1974

Das Protokoll der Vorstandssitzung vom 24. August 1953, mit dem die Stiftungstätigkeit formell wieder aufgenommen wurde, verzeichnet als anwesende Vorstandsmitglieder Fritz Kaestner¹⁶ als Vorsitzenden und als weitere Mitglieder Lina Ramsauer¹⁷ und Ally Albers¹⁸. (Vgl. Anlage)

Unterlagen zu Vorstandssitzungen aus den folgenden Jahren bis einschließlich 1962 konnten nicht eingesehen werden, so dass sich das Jahr der Berufung von Gerhard Wachsmann¹⁹ zum Vorsitzenden nicht genau angeben lässt. Fritz Kaestner verließ Oldenburg bereits im Jahr 1954 und wurde Regierungsvizepräsident des Regierungsbezirks Lüneburg. Kaestner kannte Wachsmann aus der Arbeit im Oldenburger Verwaltungspräsidium und es könnte sein, dass er selbst ihn darum gebeten hat, in den Stiftungsvorstand zu gehen.

Zu den Vorstandssitzungen ab Juni 1963 konnten wieder Dokumente ausgewertet werden. Bis zu seinem Tod im Alter von nur 68 Jahren im Jahr 1980 steuerte Gerhard Wachsmann die Geschicke der Stiftung als ihr Vorsitzender. Mit Wachsmann war eine in Politik und Wirtschaft vielseitig engagierte und hoch angesehene Persönlichkeit für die Stiftungstätigkeit gewonnen worden. Nach seiner Tätigkeit als Ministerialrat im Verwaltungspräsidium Oldenburg war er u.a. Vorstandsmitglied der Bremer Landesbank/Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen, IHK-Präsident und Vorsitzender der Universitätsgesellschaft Oldenburg.

¹⁶ **Fritz Kaestner** (1905-1991). Staatsminister für Kirchen und Schulen im Land Oldenburg 1945-46, dann Leiter der Abteilung Schulen und Kirchen im Regierungsbezirk Oldenburg, Wechsel zur Bezirksregierung Lüneburg im Jahr 1954, Regierungspräsident im Regierungsbezirk Lüneburg von 1962-1970.

¹⁷ **Lina Ramsauer** (gest. im 69 Lebensjahr 1957), Schwester von Bertha Ramsauer, Dr. med., unterstützte in den 1920er Jahren den Aufbau des Volkshochschulheims Edeweicht/Husbäke großzügig und wirkte dort auch als Kursleiterin mit. Nach Bertha Ramsauers Tod bemühte sie sich mit der Stiftung weiter darum, die Volkshochschularbeit in Husbäke wieder aufzunehmen. NWZ vom 7. Oktober 1957: Sie war die erste leitende Ärztin einer Hebammenlehranstalt, von 1945 bis zu ihrer Pensionierung 1954 leitete sie die Oldenburger Frauenklinik. Außerdem war sie Leiterin des Arbeitskreises Ehe- und Jugendberatung.

¹⁸ **Ally Albers**, geb. Schröder (am 17. Januar 1963 im 80. Lebensjahr verstorben). Leiterin und Gründerin des Ohmsteder Frauenvereins, Mitglied des Oldenburger Hausfrauenvereins und des Frauenvereins für alkoholfreie Kultur. „Nach 1945 war sie eine der wenigen Frauen, die sich um das Wiederaufleben der demokratischen, staatsbürgerlichen Frauenvereine und der [sic!] Gründung des Deutschen Frauenringes kümmerten.“ (NWZ 25. Januar 1963: „Hausfrauenverein gedachte Ally Albers“).

¹⁹ **Gerhard Wachsmann** (1912-1980). Ministerialrat im Oldenburgischen Verwaltungspräsidium, Landesbankdirektor, u.a. Vorstandsmitglied der Bremer Landesbank/Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen, IHK-Präsident, Mitbegründer der Evangelischen Akademie 1954, Mitglied der Synode der Ev. Kirche Deutschlands und Vorsitzender der Universitätsgesellschaft Oldenburg, diverse Aufsichtsrats- und Vorstandsmandate (EWE, GSG etc.).

Als stellvertretender Vorsitzender stand an seiner Seite über einen langen Zeitraum Wilhelm Grotelüschen²⁰, Professor für Geographie und zweimalig Rektor der Pädagogischen Hochschule Oldenburg.

Dem damaligen Vorstand gehörte außerdem der Landessparkassendirektor Eduard Haßkamp an, der wie Wachsmann seine Laufbahn zunächst im Verwaltungspräsidium Oldenburg begonnen hatte. Dorthin wechselte er im Dezember 1965 wieder, als er zum Verwaltungspräsidenten des Regierungsbezirks Oldenburg berufen wurde.

Die beiden Frauen, die seit 1963 und auch viele Jahre dem Vorstand angehörten, hatten als Mitarbeiterinnen Bertha Ramsauers die Volkshochschularbeit bereits in der Weimarer Zeit mitgestaltet. Ursula Böhse²¹ kam nach einer Ausbildung zur Gymnastiklehrerin in Loheland im Jahr 1921 in das Wangerooger Heim und blieb als Mitarbeiterin bei Bertha Ramsauer auch nach dem Übergang in die NS-Diktatur. Grete Devulder²² setzte sich bereits als Lyzeumsschülerin für den Bau der HVHS Edeweht/Husbäke ein. In einem Beitrag in den VHS-Blättern (5.1929.62/63/64:10) wird sie als „treue Edewechterin“ bezeichnet. Als Fürsorgerin und Mitglied der Gilde Soziale Arbeit wirkte sie z.B. in Arbeitsgemeinschaften der HVHS mit. Sie hat als stellvertretende Vorsitzende bis zum Jahr 1986 ebenso wie als engagiertes Mitglied im neben der Stiftung weiterbestehenden „Freundeskreis der VHS“ die Arbeit der Stiftung über viele Jahr mitgeprägt.

Auch die auf der nächsten Sitzung des Vorstandes in den Vorstand gewählte Erna Meyer²³ aus Westerstede hatte eine persönliche Verbindung zu Bertha Ramsauer, und zwar als ehemalige Schülerin der HVHS Edeweht/Husbäke. Sie war Ehefrau des Pädagogen Prof. Dr. Friedrich Meyer²⁴, der sich ebenfalls sehr aktiv für die Stiftungsarbeit einsetzte.

Gerhard Wachsmann, Wilhelm Grotelüschen, Ursula Böhse, Grete Devulder und Erna Meyer gestalteten den Übergang von der VHS-Stiftung- zur Bertha-Ramsauer-Stiftung. Unterstützt

²⁰ **Wilhelm Grotelüschen** (1905-1977). 1948 auf den Lehrstuhl für Geographie und ihre Didaktik der Pädagogischen Hochschule Oldenburg berufen, zuvor seit 1934 Dozent an den Hochschulen für Lehrerbildung in Elbing und Oldenburg. Zweimal zum Rektor der Pädagogischen Hochschule Oldenburg berufen.

²¹ **Ursula Böhse** (1902-1988). Ausbildung zur Loheland-Gymnastiklehrerin, danach Mitarbeit bei Bertha Ramsauer seit 1921 und Vorsitzende des Vereins zur Förderung des Volkshochschulheimes, 1951-1981 Unterrichtung von Lohelandgymnastik an der VHS Oldenburg.

²² **Grete Devulder** (1903-1995). Ausbildung zur Sozialarbeiterin in Frankfurt und zur Säuglingsschwester, seit 1929 Mitglied der „Gilde Soziale Arbeit“, nach 1945 Landesfürsorgerin.

²³ **Erna Meyer** (1912-2000) (geborene Günther)

²⁴ **Friedrich Meyer** (1904-1974). Lehrer im Ammerland und in Friesland, nach Promotionsstudium in Bonn ab 1938 Dozent für Lehrerbildung in Lauenburg (Pommern). Nach Kriegsgefangenschaft und Internierung Lehrer, dann Schulrat im Ammerland und danach Professor und Rektor der Pädagogischen Hochschule für landwirtschaftliche Lehrer in Wilhelmshaven. In einem vom „Freundeskreis der VHS Husbäke“ gebildeten Arbeitskreis erarbeitete er die Dokumentation „Bertha Ramsauer. Berichte – Reden – Briefe“, Oldenburg 1967.

wurden sie dabei von Heino Reuter,²⁵ der seit 1971 als Protokollführer fungierte und dann 1976, zusammen mit Wolfgang Schulenberg, in den Vorstand gewählt wurde.

3. Die Stiftung als Vereinigung zur Förderung von Bildung mit dem Schwerpunkt Frauenbildung (seit 1974)

Nach dem Verkauf des Großteils des Grundvermögens im Jahr 1972 gab es zunächst unterschiedliche Vorschläge für die Verwendung der aus dem Verkauf erzielten Einnahmen.

So war eine Überlegung, eine große Summe einer Einrichtung der Erwachsenenbildung zu spenden, die zumindest in einem Schwerpunkt ihrer Arbeit „im Geiste“ Bertha Ramsauers tätig ist. Hierfür wurden von den Vorstandsmitgliedern Ursula Böhse und Grete Devulder im Jahr 1973 Gespräche sowohl mit der Volkshochschule Oldenburg – deren Leiter sich vorstellen konnte, seinem Haus den Namen „Bertha-Ramsauer-Volkshochschule“ zu geben - wie auch der Evangelischen Heimvolkshochschule Rastede aufgenommen.

Ein weiterer, vom Vorsitzenden Gerhard Wachsmann geäußelter Vorschlag war, einen Bertha-Ramsauer-Preis ins Leben zu rufen.

Aus den verfügbaren Quellen ist nicht klar ersichtlich, warum keine dieser Ideen realisiert wurde. Aus der Vorstandssitzung vom 14. April 1974 ergibt sich aber, dass diese Vorschläge zurückgezogen wurden und an ihrer Stelle ein Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden Wilhelm Grotelüschen angenommen wurde. Der entsprechende Beschluss sah zur „Verwendung unserer Mittel“ vor:

Wertbeständige Anlage des Verkaufserlöses und aus den jährlich anfallenden Zinsen Vergabe eines noch festzusetzenden Betrages an Personen und Einrichtungen, „die im Sinne von Bertha Ramsauer gearbeitet haben oder noch tätig sind“.

Mit Schreiben vom 15. März 1974 hatte Grotelüschen außerdem vorgeschlagen, den Namen der Stiftung in Bertha-Ramsauer-Stiftung zu ändern. Der Vorstand beschloss diese Umbenennung ebenfalls auf dieser Sitzung einstimmig. Sie sollte nach dem noch ausstehenden Verkauf auch des landwirtschaftlichen Besitzes wirksam werden. Nachdem dieser einige Monate später getätigt worden war, konnte die Stiftung auf ihrer Sitzung am 30. Dezember 1974 die Namensänderung als nunmehr vollzogen festhalten. Mit der Umbenennung „sollte auch der Wechsel von der ursprünglichen Aufgabe als Träger des Volkshochschulheims zu der weiteren Wirksamkeit im Sinne des geistigen Erbes von Bertha Ramsauer zum Ausdruck kommen“, so

²⁵ **Heino Reuter** (1928-1997). Langjähriger Leiter der Kreditabteilung der Bremer Landesbank, 1972 Wechsel in die Geschäftsleitung der Öffentlichen Bausparkasse Oldenburg-Bremen.

wurde es rückblickend in der Präambel zur Neufassung der Stiftungssatzung vom 4. Oktober 1984 vom Vorstand formuliert²⁶.

Mit der Neufassung der Satzung (siehe Anhang) kodifizierte die Stiftung die mit dem Verkauf der Liegenschaften in Husbäke vorgenommene Neuorientierung ihrer Tätigkeit. Als ihr Ziel formulierte sie nun darin die „Förderung des Volkshochschulwesens und der weiteren Erwachsenenbildung sowie von sozialen Maßnahmen, die mit der Volksbildung verbunden sind“. Dieser Stiftungszweck werde verwirklicht durch:

1. „Beihilfen zur Durchführung von Maßnahmen der Volkshochschulen oder anderer Erwachsenenbildungseinrichtungen;
2. Gewährung von Unterstützung an Personen, die an Bildungsmaßnahmen teilnehmen oder sich auf eine Tätigkeit in der Erwachsenenbildung vorbereiten und dafür einer Unterstützung bedürfen;
3. Finanzierung von Darstellungen und Untersuchungen zur Erwachsenenbildung;
4. weitere Maßnahmen, die der Stiftungsvorstand zur Verwirklichung des Stiftungszwecks für geeignet hält.“

Die Entwicklung der öffentlich anerkannten Erwachsenenbildung durch gesetzlich abgesicherte Fördermittel sowie die Entstehung neuer vielfältiger sozialer und kultureller (Bildungs-) Initiativen (Frauen- und Umweltbewegung etc.) veranlasste schon einige Jahre später die Stiftung, ihre Förderprioritäten zu überdenken. In einem Vermerk zur „Grundsatzregelung betr. Förderungspolitik der Stiftung“, der laut handschriftlichem Eintrag auf einer Sitzung am 27.10.1988 verabschiedet wurde, hielt sie dazu fest:

Die Stiftung will ihren Stiftungszweck in der Regel dadurch verfolgen, dass sie pädagogische Initiativen oder Einrichtungen unterstützt, deren Arbeit durch öffentliche Mittel nur unzureichend gefördert wird. „Selbstorganisierte pädagogische Initiativen sollen gegenüber etablierten Erwachsenenbildungseinrichtungen vorrangig gefördert werden.“

Welche Schwerpunkte sich in der Tätigkeit und der Förderpraxis der Stiftung herausbildeten, wird in den folgenden Kapiteln zur Vorstandsentwicklung seit 1974 und zu den Förderschwerpunkten genauer ausgeführt.

Grundlage der Förderaktivitäten der Stiftung war das - so ist es in der Stiftungssatzung von 1984 festgehalten – in mündelsicheren Wertpapieren im Nennwert von 200.000 DM angelegte Stiftungsvermögen, das in seinem Bestand ungeschmälert zu erhalten ist. Dank guter

²⁶ Präambel zur „Neufassung der Satzung (1983)“, Entwurf 22.12.1983, NL Bertha Ramsauer, A07.

Zinserträge verfügte die Stiftung über mehr als drei Jahrzehnte über nennenswerte Beträge, die jährlich zur Vergabe von Fördermitteln für die Stiftungszwecke eingesetzt werden konnten. Mit der auf die Finanzkrise 2007/2008 folgenden Null-Zins-Politik verringerte sich jedoch der finanzielle Spielraum der Stiftung immer mehr, so dass weniger Fördermittel vergeben werden konnten. (Es entfielen Einnahmen durch verminderte Zinserträge aus Wertpapieren/Depotanlagen und Auflösung eines Depots.)

4. Die Vorstandsentwicklung seit 1974

Mit der Neuausrichtung der Stiftungstätigkeit nach der Namensänderung waren unmittelbar keine personellen Änderungen im Vorstand verbunden. Im Jahr 1976 wurde mit der Wahl von Wolfgang Schulenberg²⁷ in den Vorstand eine enge Verbindung zu der sich seit 1970 auch in Lehrstühlen und Studiengängen zeigenden Erwachsenenbildungswissenschaft hergestellt. Nach dem Tod von Wilhelm Grotelüschen 1977 wurde Günter Boyn²⁸ neu in den Vorstand gewählt. Und es wurde bereits überlegt, auch die Professorin für Erwachsenenbildung an der Universität Oldenburg Barbara Fülgraff²⁹ für die Vorstandsarbeit zu gewinnen. Dies geschah dann im Jahr 1981.

Wolfgang Schulenberg wurde nach dem überraschenden Tod von Gerhard Wachsmann 1980 zum Vorsitzenden gewählt, Grete Devulder zur stellvertretenden Vorsitzenden.

Auf der Juni-Sitzung im folgenden Jahr wurde der Vorstand um Barbara Fülgraff und Berend Meyer³⁰ erweitert.

²⁷ **Wolfgang Schulenberg** (1920-1985) war nach Studium an der Pädagogischen Hochschule Oldenburg zunächst als Lehrer tätig, nach weiterem Studium und Mitarbeit an der Universität Göttingen wurde er Professor an der Pädagogischen Hochschule Oldenburg und war maßgeblich an der Gründung der Universität Oldenburg im Jahr 1974 beteiligt. Seine von Mitte der 1950er Jahre an bis zu seinem Tod durchgeführten soziologischen Studien waren insbesondere für die Forschung zu den Bildungsvorstellungen Erwachsener wegweisend. Er setzte sich in verschiedenen Funktionen, z.B. als Experte bei der Entwicklung des Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes und als Mitglied im Vorstand der Volkshochschule Oldenburg und dem pädagogischen Beirat des niedersächsischen Landesverbandes der Volkshochschulen, für den Aufbau der Erwachsenenbildung zur vierten Säule des Bildungssystems ein.

²⁸ **Günter Boyn** (1936-1999) war von 1970 bis zum Wechsel in den Schulaufsichtsdienst im Jahr 1983 Rektor der Realschule Ganderkesee, außerdem 1971-1974 nebenberuflicher Leiter der Volkshochschule Ganderkesee.

²⁹ **Barbara Fülgraff** (1935–2008) studierte Soziologie, Politische Wissenschaften, Philosophie und Geschichte in Freiburg, Berlin und den USA. 1972 wurde sie als erste Professorin an die neu gegründete Universität Oldenburg berufen und lehrte und forschte dort bis 1998. Sie trug maßgeblich zum Aufbau der Studiengänge Pädagogik und Erwachsenenbildung bei und etablierte das Forschungsgebiet Gerontologie. (Quelle: Von der Gelehrtenstube in den Hörsaal. Oldenburger Wissenschaftlerinnen im Wandel der Zeit, hrsg. von Anne G. Kosfeld, Begleitband zur Ausstellung im Rahmen von „Frauen. Karriere. Wissenschaft“, 30.09.2009. Hauschild-Verlag, Bremen 2009.) Der Volkshochschule Oldenburg gehörte Barbara Fülgraff 16 Jahre lang als Vorstandsmitglied an.

³⁰ **Berend Meyer** (geb. 1943), Sohn von Erna und Friedrich Meyer (s.o.). Studium der Rechtswissenschaften, Amtsrichter in Westerstede. Nach Pensionierung Magisterstudium der Fächer Evangelische Theologie, Jüdische Studien und Geschichte an der Universität Oldenburg, Promotion 2011 zum Thema „Das Apodiktische Recht als Verfassung“.

Die Mitarbeit von Schulenberg und Fülgraff trug zur Intensivierung der pädagogisch-historiographischen Arbeit über Bertha Ramsauer und die HVHS Edeweicht/Husbäke bei. Die noch von Grotelüschen initiierte Erstellung des voluminösen Reprints der von Bertha Ramsauer von 1924 bis 1935 herausgegebenen VHS-Blätter konnte im Dezember 1977 erfolgreich abgeschlossen werden. Barbara Fülgraff und Wolfgang Schulenberg führten zusammen mit Studierenden und Altschülerinnen der HVHS Edeweicht/Husbäke an der Universität Oldenburg ein Seminar über Leben und Werk Bertha Ramsauers durch, aus dem eine Ausstellung hervorging, die anlässlich ihres 100. Geburtstages im Jahr 1984 im Vortragssaal der Universitätsbibliothek zu besichtigen war. Mit der Eröffnung der Ausstellung verbunden war eine Gedenkfeier mit Beiträgen von Schulenberg, Fülgraff und der Professorin für Sozialpädagogik Elisabeth Siegel. Diese Vorträge wurden im November des darauffolgenden Jahres in einer Broschüre präsentiert, die als „Neue Folge Nr. 1/85“ des „VHS-Mitteilungsblatts für alle Freunde und Mitglieder der Volkshochschule. Volkshochschulheim Edeweicht“ von der Stiftung herausgegeben wurde. Schulenberg, der diese Publikation mit erstellt hatte, starb überraschend im Juni 1985 und erlebte ihr Erscheinen nicht mehr. Die im Vorwort vom Vorstand bekundete Absicht, die „neue Folge“ der Mitteilungsblätter in unregelmäßigen Abständen herauszugeben, wurde letztlich nicht realisiert, da der dafür nötige Arbeitsaufwand bei nicht klarem Adressatenkreis unverhältnismäßig sei, so die Einschätzung des Vorstandes auf einer Sitzung im Juni 1988. Stattdessen wurde ein Faltblatt zur Präsentation der Stiftung erstellt.

In der Nachfolge von Wolfgang Schulenberg war Günter Boyn im Jahr 1985 zum Vorsitzenden bestimmt worden, Barbara Fülgraff kurz darauf zur stellvertretenden Vorsitzenden. Als Boyn aus beruflichen Gründen nach Bad Iburg umzog und aus dem Vorstand ausschied, wählte der Vorstand Fülgraff zur Vorsitzenden. Sie nahm diese Aufgabe bis zum Jahr 2001 wahr.

In dieser Zeit kristallisierte sich immer stärker die Förderung von Frauenbildung und damit verbundenen sozialpädagogischen Aktivitäten als Schwerpunkt der Stiftungsaktivität heraus. „Freie Initiativen“, so die auf einer Vorstandssitzung 1988 zunächst nur intern festgehaltene „Neue Konzeption der Beihilfegewährung“ sollten nun vorrangig gefördert werden. Erst im Jahr 2010 allerdings nahm der Vorstand eine seiner neuen Förderpraxis entsprechende Satzungsänderung vor, in der er Frauenbildung als vorrangigen Förderzweck festlegte. (Vgl. Anhang Satzungsänderung 2010)

Die Aufgabe der Stiftung, die Erinnerung an das pädagogische Wirken Bertha Ramsauers wachzuhalten, konkretisierte sich nun zum einen in der archivarischen Erschließung ihres Nachlasses, zum anderen in der Förderung wissenschaftlicher Arbeiten zur Geschichte der Frauen-

und Erwachsenenbildung. Ihr Nachlass wurde dem Archiv für Erwachsenenbildung des „Wolfgang Schulenberg-Instituts für Bildungsforschung und Erwachsenenbildung“ als Depositum übergeben. Das Institut war nach dem Tod Schulenbergs gegründet worden, um seine Forschungsarbeiten fortzuführen und einen Beitrag zur Sicherung und Erschließung historischer Quellen der Erwachsenenbildung zu leisten. In Verbindung mit der Verzeichnung des Nachlasses im Schulenberg-Institut entstand die von Barbara Fülgraff betreute Diplom-Arbeit „Von Frauenbildung zu Frauenschulung im Nationalsozialismus. Am Beispiel der Bildungsarbeit Bertha Ramsauers in der Heimvolkshochschule Husbäke/Edewecht“ von Geesche Dannemann. Die Bertha-Ramsauer-Stiftung unterstützte auch in den folgenden Jahren verschiedene weitere Veröffentlichungen des Wolfgang Schulenberg-Instituts zur Geschichte der Erwachsenenbildung und zur Frauen- und Familienbildung mit Druckkostenzuschüssen.

Über viele Jahre gehörten ehemalige Mitstreiterinnen von Bertha Ramsauer oder Altschülerinnen der VHS Edewecht/Husbäke dem Vorstand an und trugen oft sehr aktiv die Stiftungstätigkeit mit. Mit dem Versterben von Ursula Böhse (1988), Emma de Buhr³¹ (1992), Grete Devulder (1995) und Erna Meyer (2000) waren diese unmittelbaren persönlichen Bezüge zu Bertha Ramsauer nicht mehr gegeben. Die Stiftung versuchte, die Verbindung zur Familie Ramsauer zu halten und wählte Sigrid Ramsauer³² im Juli 1991 in den Vorstand. Sie gehörte dem Vorstand bis zu ihrem Tod im Jahr 2009 an.

In der personellen Zusammensetzung des Vorstandes ab Beginn der 1990er Jahre lassen sich mehrere Aspekte ausmachen:

Erstens die Verbindung zur Universität Oldenburg mit den Vorstandsmitgliedern Barbara Fülgraff, Uta Loeber-Pautsch³³, ehemalige Mitarbeiterin Schulenbergs, und Heike Fleßner³⁴, Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik, 2001-2009 Direk-

³¹ **Emma de Buhr** (1916-1992), Altschülerin der HVHS Edewecht/Husbäke. Von 1986 bis zu ihrem Tod im April 1992 im Vorstand.

³² **Sigrid Ramsauer** (1936-2009) (geb. Fournell), Diplom-Sozialpädagogin, Oberkirchenrätin, vorwiegend in der Fortbildung von kirchlichen Mitarbeiterinnen tätig, Beauftragte für Frauenfragen in der Ev.-luth. Kirche Oldenburg, Betreuung des Müttergenesungswerks in Bad Zwischenahn, stellv. Vorsitzende des Gemeindegemeinderats der Kirchengemeinde Sandkrugs u.a.

³³ **Uta Loeber-Pautsch**, seit 1991 im Stiftungsvorstand, forschte bereits in den 1970er Jahren in einem großen von Schulenberg geleiteten Forschungsprojekt zur Bildungsbeteiligung Erwachsener, danach u.a. Entwicklung und Erprobung von Angeboten zur Frauenbildung, insbesondere im ländlichen Raum, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Wolfgang Schulenberg-Instituts und des Arbeitsbereichs Weiterbildung der Universität Oldenburg. Promotion 1990 über das Thema „Familie und Weiterbildung“.

³⁴ **Heike Fleßner** (1944-2021), Promotion über die Entwicklung öffentlicher Kleinkinderziehung auf dem Lande 1980, Habilitation über „Mütterlichkeit als Beruf“ 1994, apl. Professorin 1997, u.a. Mitbegründerin und Direktorin des Zentrums für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Oldenburg 2001, mehrere Jahre Vorsitzende von pro familia Niedersachsen.

torin des von ihr mitbegründeten Zentrums für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Oldenburg.

Zweitens Bezüge zur Erwachsenenbildung in der nach Fülgraff im Jahr 2001 zur Vorsitzenden gewählten Pädagogin Elisabeth Friedl³⁵, die von 1971 bis 1999 Fachbereichsleiterin an der VHS Oldenburg war, und Lilo Wolf,³⁶ ehemalige stellvertretende Leiterin der Evangelischen Familien-Bildungsstätte Oldenburg, im Stiftungsvorstand seit 2007.

Drittens zeigen sich Verbindungen zur Sozial -und Gleichstellungsarbeit der Stadt Oldenburg, und zwar in der ehemaligen Sozialdezernentin der Stadt Maria Niggemann³⁷, die seit 2007 den Vorsitz der Stiftung innehat.

Ein viertes Charakteristikum der Vorstandsbesetzung ist die Benennung eines in Finanzen kompetenten Vorstandsmitgliedes. Die Reihe dieser ausgewiesenen Finanz- und Bankexperten beginnt in den 50er Jahren mit Gerhard Wachsmann und setzt sich fort mit Heino Reuter (Vorstandsmitglied 1976-1988), Gerd Boguhn (1988–2009) und Lutz Pappermann³⁸ (seit 2009).

³⁵ **Elisabeth Friedl** (verstorben am 25. Mai 2007), Studium und Promotion, 1971-1999 pädagogische Mitarbeiterin der VHS Oldenburg, maßgeblich am Aufbau der dortigen Fachbereiche Pädagogik, Psychologie und Gesundheit beteiligt, Mitgründerin der Kinder- und Jugendbuchmesse Oldenburg (KIBUM).

³⁶ **Lilo Wolf**, Lehramtsstudium Grund- und Hauptschulen, langjährige Dozentinnentätigkeit in der Erwachsenenbildung, 1998-2008 Stv. Leiterin der Evangelischen Familien-Bildungsstätte Oldenburg.

³⁷ **Maria Niggemann**, Diplom-Soziologin, Sozialdezernentin a. D. der Stadt Oldenburg

³⁸ **Lutz Pappermann**, Bankkaufmann, Prokurist der Bremer Landesbank

IV. Förderschwerpunkte der Bertha-Ramsauer-Stiftung (1984 bis 2017)

Wie oben dargestellt, war die Stiftung nach dem Verkauf der Liegenschaften in Husbäke/Ede-
wecht in der Bewilligung von Fördergeldern zunächst noch zurückhaltend. Es wurde überlegt,
den Großteil der Verkaufserlöse einer Bildungseinrichtung zuzuwenden, die in ihrer Arbeit we-
sentliche Bezüge zur Bildungskonzeption Bertha Ramsauers aufwies. Nach Aufgabe dieser Idee
wurde eine Neuausrichtung der Förderaktivitäten am 4. Oktober 1984 vom Vorstand beschlos-
sen. (Vergleiche Anlagen Stiftungssatzung von 1984 §2). Als förderungswürdig wurden u.a. ge-
nannt:

Maßnahmen der Volkshochschulen und anderer Erwachsenenbildungseinrichtungen,

Personen, die an Bildungsmaßnahmen teilnehmen oder sich auf eine Tätigkeit in der Erwach-
senenbildung vorbereiten und dafür einer Unterstützung bedürfen.

Angesichts zunehmender Förderanträge hielt es der Vorstand bereits einige Jahre später für
notwendig, die Kriterien für die Bewilligung von Zuschüssen zu überdenken. Eine Rolle spielten
dabei gesellschaftliche Entwicklungen wie:

- Die „Neuen sozialen Bewegungen“, darunter besonders die „Neue Frauenbewegung“, deren An-
fänge auf die Studentenbewegung von 1967/68 zurückgingen. Sie war seit Ende der 1970er Jahre
geprägt durch zahlreiche Projekte mit einem beachtlichen, vielfältigen Spektrum an Aktivitäten
und Initiativen (u.a. Frauenhausprojekte, Therapie- und Beratungszentren, Frauenwerkstätten).
- Akademikerarbeitslosigkeit, von der damals Absolventinnen und Absolventen von Lehramtsstudi-
engängen stark betroffen waren. Hieraus entwickelten sich freie Initiativen im Bildungs- und Kul-
turbereich, die sich teilweise auf Förderung durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen stützen konn-
ten.
- Veränderungen in der (Weiter-)Bildungslandschaft u.a. durch Ausdifferenzierung in einen mit In-
krafttreten des Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes seit 1970 gesetzlich geförderten
Bereich und davon ausgenommene, zumeist neue „nicht etablierte“ Initiativen und Vereine.³⁹

Infolge dieser Entwicklungen formulierte der Vorstand auf seiner Sitzung am 27.10.1988 eine
„Grundsatzregelung betr. Förderungspolitik der Stiftung“, in der er „selbstorganisierten pädä-
gogische Initiativen“ gegenüber „etablierten Erwachsenenbildungseinrichtungen“ als vorran-
gig zu fördern nannte. Individuelle Studienfördergelder, die in den Anfängen im Vordergrund
standen, sollten nun „in der Regel“ nicht mehr vergeben werden, sondern „allgemeine Vorha-
ben und Projekte“, so hielt es das Protokoll der Vorstandssitzung fest. Mit der „Grundsatzre-
gelung“ sollte eine interne Festlegung der Förderprioritäten erfolgen, eine Änderung der Sat-
zung, deren Förderzwecke weiter gefasst waren, wurde zunächst nicht für notwendig erach-
tet.

³⁹ Vgl. Nave-Herz 1997: S. 44 ff.

Erst geraume Zeit später schlug sich die in der Förderpraxis durchsetzende starke Orientierung auf freie, nicht etablierte Initiativen vor allem im Bereich der Frauenbildung auch in einer Anpassung der Satzung nieder. Am 20. März 2010 beschloss der Vorstand die Änderung des bisherigen Punktes 1) der Zweckbestimmung in der Satzung des Jahres 1984 („Beihilfen zur Durchführung von Maßnahmen der Volkshochschulen oder anderer Erwachsenenbildungseinrichtungen“) (s.o.) in:

„Beihilfen zur Durchführung von Maßnahmen der Erwachsenenbildung, insbesondere der Frauenbildung, vor allem in der Region Oldenburg“. (Siehe Satzung 1984 §2 Absatz 1)

Ein Versuch, die Zuschüsse nach inhaltlichen Schwerpunkten zu gliedern, ist nicht ganz einfach, da sich die Grenzen zwischen Bildungs-, Sozial- und Kulturarbeit oft nicht klar ziehen lassen. Deutlich erkennbar ist die Priorität der Frauenbildung über die verschiedenen Bereiche hinweg. Daneben zeigt sich in der Vergabe von Beihilfen für Gruppen bzw. Personen mit Benachteiligungen die sozial-integrative Orientierung der Förderpolitik, verstanden als Hilfe zur Selbsthilfe mittels Bildung. Es wurden ca. 195.000 Euro an Fördergeldern gespendet.

1. Beratung und Bildung für Frauen und Mädchen

Gewichtet man die inhaltlichen Schwerpunkte der Förderung, so stehen die Zuwendungen für Initiativen der Beratung und Bildung für Frauen und Mädchen eindeutig an erster Stelle. In der Zeit von 1985-2008 flossen insgesamt über 55.000 Euro⁴⁰ in diesen Bereich. Bildungsförderung ist dabei in einem weiten Sinn zu verstehen, d.h. mit Elementen sozialpädagogischer Arbeit verbunden. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Stiftung über einen langen Zeitraum unterstützende Begleiterin von Bildungs- und Sozialaktivitäten der Frauenbewegung in Oldenburg und Umgebung war. Dies schloss insbesondere Zuwendungen für schützende Strukturen wie Frauen- und Mädchenhäuser und Beratungsstellen gegen sexuellen Missbrauch mit ein.

Gefördert wurden unter anderem:

- Autonomes Frauenhaus Oldenburg
- Frauengruppe der ALSO (Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg)
- Frauen lernen gemeinsam e.V., Oldenburg⁴¹
- Wildwasser Oldenburg e.V.
- Donna 45 – Bildung und Werkstätten für erwerbslose Frauen e.V.

⁴⁰ Bis 2001 DM-Beträge, umgerechnet in Euro.

⁴¹ NWZ 12.09.1987: Einladung zur Gründungsversammlung am 16. September 1987 in Schützenhof Eversten. „Der Verein will sich zur Aufgabe machen, künftige Frauenwochen in Oldenburg vorzubereiten und durchzuführen.“ 2002 letztmalig von der BRS gefördert. In jenem Jahr u.a. Angebot eines Biographiekurses. Der Verein führte z.B. auch Computerkurse für Frauen durch.

- Mütterzentrum e.V., Oldenburg
- Therapie- u. Beratungszentrum für Frauen
- Autonomes Mädchenhaus Oldenburg
- BBS I Die Frauenbeauftragten Frauen und Schule e.V.
- Stadt Oldenburg – Amt Frauenbüro
- Pro Familia Beratungsstelle
- GEW-Referat F (Frauenpolitik)
- Wildwasser e.V. Oldenburg
- Universität Oldenburg, Referat F Frauenpolitik
- Arbeitsgemeinschaft Oldenburger Frauenverbände

2. Bildungsforschung und -dokumentation

Mit Abstand, aber ebenfalls großem Gewicht, folgt die Bezuschussung von Aktivitäten, die sich unter der Überschrift „Bildungs- und historische Forschung und Dokumentation“ subsumieren lassen. Dafür vergab die Stiftung im Zeitraum 1981-2023 insgesamt ca. 46.000 Euro. Oft war auch damit zumindest mittelbar ein Beitrag zur Förderung der Frauenbildung verbunden, etwa bei Zuschüssen für Publikationen, die sich wissenschaftlich-historisch mit dem Werk von Frauenbildnerinnen befassten, darunter auch Arbeiten über Bertha Ramsauer und Vorhaben zur Archivierung ihres Nachlasses. In diesem Schwerpunkt – wie auch in der Vorstandstätigkeit von Hochschullehrenden - spiegeln sich die langjährigen Kontakte der Stiftung zur Pädagogischen Hochschule Oldenburg und der 1974 gegründeten Universität Oldenburg.

Gefördert wurden unter anderem:

- Sportdidaktisches Forschungsvorhaben an der Universität Oldenburg
- Druckkosten für biographisch-historische Arbeiten zur Frauenbildung (u.a. über Elisabeth Siegel, Gertrud Hermes und Bertha Ramsauer)
- Durchführung eines Seminars an der Universität Oldenburg über Bertha Ramsauer
- Arbeitsvorhaben „Arbeitslosigkeit von Musiklehrern“
- Gesellschaft zur Förderung der Bildungsforschung und Erwachsenenbildung e.V./Wolfgang Schulenberg-Institut für Bildungsforschung und Erwachsenenbildung
- Wanderausstellung „Weiber-Geschichten“
- Zentrum für Frauengeschichte e.V., Oldenburg
- Frauenarchiv, Oldenburg
- Studienreisen und Forschungsaufenthalte
- Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung, Universität Oldenburg
- Forschungswerkstatt Lehrerinnen-Bildung

- Arbeitskreis: Wandbilder 10 berühmter Frauen
- Projekt: Vier Freundinnen und ihre Spuren in Kultur, Wissenschaft und Politik

3. Erwachsenenbildung

An dritter Stelle, mit einer Summe von fast 30.000 Euro im Zeitraum von 1973-2015, liegen Zuwendungen für Vorhaben, mit denen unterschiedliche Bildungs- und Kulturangebote für Erwachsene durchgeführt wurden. Dabei gab es oft Überschneidungen mit dem Schwerpunkt Frauenbildung. Die Fördergelder gingen an verschiedene Bildungseinrichtungen der Region, wie die Volkshochschule Oldenburg, die Evangelische und die Katholische Erwachsenenbildung, Heimvolkshochschulen, das Bildungswerk der DAG und die Ökologische Akademie Hosüne. Vom Umfang her sind Beihilfen für Alphabetisierungskurse und für eine „Volkshochschule für Arbeitslose“ an der Volkshochschule Oldenburg hervorzuheben. Auch die Förderung interkultureller Arbeit und von Angeboten zur Unterstützung von Flüchtlingen und Zuwanderern bildete einen Schwerpunkt, was an mehrfachen Zuwendungen für Deutschkurse darunter Sprachkurse für Flüchtlingsfrauen - sowie Fördermitteln für einen „Internationalen Frauentreff“ und eine „Ausstellung für Migrantinnen“ deutlich wird.

Gefördert wurden unter anderem:

- Volkshochschule Oldenburg (u.a. Kurse zur Alphabetisierung, Sprachkurse für Zugewanderte, „VHS für Arbeitslose“)
- Akademische Akademie Hosüne und Scarabeus e.V.
- DAG Bildungswerk Wesermarsch
- Kardinal-von-Galen-Haus, Cloppenburg
- Werkstatt für Medienarbeit
- Evangelische Erwachsenenbildung Niedersachsen
- Evangelische Familien-Bildungsstätte
- Katholische Erwachsenenbildung, Oldenburg
- Stadt Oldenburg, „Ausstellung für Migrantinnen“
- „Internationaler Frauentreff“, Dietrichsfeld
- Verein zur Förderung Multikultureller Arbeit, „Deutschkurse“
- Arbeitskreis Asyl, Fremdsprache Deutsch
- Forum St. Peter – Deutsch als Fremdsprache
- Bourndoudoum – Afrikatag
- Stadt Oldenburg, Sprachkurse für Flüchtlingsfrauen
- JVA Vechta, Kunstausstellung der Frauen

An den geförderten Vorhaben zeigt sich, wie schon gesagt, dass die Grenzen zwischen Frauenbildung, Erwachsenenbildung und Bildung von Flüchtlingen und Zuwanderern fließend waren, die vorgenommene Aufteilung also etwas willkürlich ist: Beispielsweise Sprachkurse für

Flüchtlingsfrauen könnten dem Bereich Frauenbildung zugeordnet werden und Teile der Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsarbeit für Frauen und Mädchen dem Bereich Erwachsenenbildung.

4. Kultur-/Sozialarbeit und Selbsthilfegruppen

Ein breites Spektrum an Initiativen der kulturellen und sozialen Arbeit erhielt Fördermittel von der Stiftung. Diese Beihilfen summierten sich in der Zeit von 1987-2009 auf insgesamt fast 27.000 Euro. So wurde der Aufbau des Kulturzentrums Rennplatzstraße wiederholt mit Spenden der Stiftung bedacht, ebenso die Aids-Hilfe Oldenburg regelmäßig unterstützt. Mehrfach gefördert wurden auch Kultur-, Bildungs- und Beratungsangebote für Seniorinnen und Senioren (Evangelische Seniorenhilfe Eversten und inForum der Stadt Oldenburg).

5. Initiativen im Bereich schulischen Lernens

Mit Beihilfen in Höhe von insgesamt rd. 16.000 Euro im Zeitraum 1986-2005 unterstützte die Stiftung verschiedene Aktivitäten, die sich der schulischen Bildung zuordnen lassen. Dabei ging es z.B. um Hilfen zur Lernförderung für Kinder mit besonderem Förderbedarf, schulische Reforminitiativen (Freinet-Schule Oldenburg, Halbtagsgrundschule Ofen) sowie um neuartige Angebote für Jugendliche beim Übergang von der Schule in die Ausbildung (Oldenburger Werk-statt-Schule e.V.).

6. Angebote für Kinder, Familien und Jugendliche

Die Unterstützung von Betreuungs- und Bildungsangeboten für Kinder hat eine lange Tradition in der Förderpraxis der BRS. In der Zeit von 1970-2013 wurden hierfür Zuwendungen in Höhe von fast 14.000 Euro bewilligt. Dabei wurde früh die Studenten-Selbsthilfe-Kindertagesstätte gefördert, später dann sich neu gründende Selbsthilfe-Initiativen für die Kinderbetreuung (Verein Kleinkindergarten, Verein Kleinkinderziehung, Verein für Kinder etc.), aus denen zu meist heute noch bestehende, „etablierte“ Einrichtungen hervorgegangen sind. Mehrfach gefördert wurde das St. Vincenzhaus Cloppenburg, eine Einrichtung für Kinder, Jugendliche, Eltern und Familien. Beihilfen gingen außerdem an den Verein zur Verhütung von Kindesmißhandlung Oldenburg, an die Jugend- und Familienhilfe Oldenburg sowie an das Jugendzentrum „Grüner Hof e.V.“ in Ovelgönne.

7. Studierendenförderung

Die Förderung einzelner Studierender, anfangs ein wichtiges Anliegen der Stiftung, wurde ab Ende der 1980er Jahre weitgehend eingestellt, wie bereits oben im einleitenden Abschnitt dieses Kapitels erläutert. In den Jahren 1983-1990 vergab die Stiftung hierfür Fördermittel in

Höhe von umgerechnet rund 5.900 Euro, zumeist mit dem Ziel der Unterstützung von Studierenden, die sich in der Erwachsenenbildung engagierten.

8. Christlich-Jüdische Zusammenarbeit

Ein frühes Anliegen der Stiftung war die Unterstützung der christlich-jüdischen Zusammenarbeit, die allerdings etwas aus dem Förderrahmen fällt. Im Vergleich zu den anderen Schwerpunkten blieben die dafür vergebenen Mittel von insgesamt umgerechnet rd. 1.840 Euro gering. Zu Beginn der 1960er Jahre wurden studentische Exkursionen nach Israel mit Beihilfen gefördert, 1985 dann eine größere Zuwendung an die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit bewilligt, um die Organisation einer Reise ehemaliger jüdischer Mitbürger nach Oldenburg zu ermöglichen. Aus diesem Anlass wurde eine Straße in Oldenburg nach Franz Meyersbach benannt, der die Arbeit Bertha Ramsauers als Gründungsmitglied der Volkshochschulheimstiftung 1925 unterstützt hatte und 1936 im KZ Oranienburg „erstes Oldenburger Opfer der NS-Rassenverfolgung“ wurde, wie es im erklärenden Zusatz auf dem Straßenschild hieß. Mit dem Beitritt zur Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit im Jahr 1986, der bis zum Jahr 2009 andauerte, zeigte die Bertha-Ramsauer-Stiftung ihre grundsätzliche Verbundenheit mit den Anliegen dieser Gesellschaft.

V. Zukunft der Bertha Ramsauer Stiftung

Die Bertha Ramsauer Stiftung und ihre Vorgängerin, die Volkshochschulheimstiftung, werden im Jahr 2025 auf eine insgesamt 100-jährige Geschichte zurückblicken können.

Dieses war für den Stiftungsvorstand der Anlass, ihre Geschichte auch unter personellen und sachlichen Schwierigkeiten erarbeiten zu lassen, die der Aufarbeitung Grenzen auferlegten.

Hervorzuheben ist, dass die Stiftung von Beginn an bis heute – mit Ausnahme von 1933 bis 1953 – von Vertreter:innen des Oldenburger Bürgertums aus Politik, Bankenwesen, Wirtschaft und der Universität maßgeblich gestaltet wurde. Vor allem waren es Mitglieder aus der berühmten Pädagogenfamilie Ramsauer sowie von den Schülerinnen der ersten Generation, die sich im Vorstand engagiert haben.

Das Wirken der Stiftung reflektiert die Entwicklung der Erwachsenenbildung vor allem in der Weimarer Zeit und nach dem Zweiten Weltkrieg Anfang der 50er Jahre bis in die Gegenwart und den gesellschaftspolitischen Kontext. Seit 1984 war sie auf kommunaler Ebene Förderin von neuen sozialen Initiativen und Projekten in der Frauenbildung und –politik.

Seit der Umbenennung in Bertha Ramsauer Stiftung im Jahr 1984 hat der Vorstand mit 195.000 Euro Projekte in der Stadt Oldenburg und der Region gefördert. Die aufgeführte Liste der Einrichtungen zeigt, was auch eine relativ finanzschwache Stiftung mit einem Stammkapital von 100.000 Euro bewegen kann: eine Förderung aus den Zinserträgen für Projekte in der Erwachsenenbildung, vor allem in deren Gründungsphase. Die Themen und die pädagogischen Konzepte der Projekte spiegeln daher die gesellschaftlichen Entwicklungen in der Erwachsenenbildung sowie der Sozial- und Frauenpolitik seit 1984 wider.

Seit 2007/2008 musste das finanzielle Engagement jedoch erheblich eingeschränkt werden. Als Folge der Finanzkrise entfielen Einnahmen (verminderte Zinserträge aus Wertpapieren/Depotanlagen und Auflösung eines Depots). So musste der Vorstand die Förderung von Projekten der neuen finanziellen Situation anpassen. Seit der Zeit konnten nur in sehr geringem Umfang Förderanträge positiv entschieden werden.

Zudem stellte sich heraus, dass die derzeitigen Mitglieder des Vorstandes der Stiftung ihre Tätigkeit aufgeben wollten. Sie waren durch die Erfahrungen der gesellschaftlichen Veränderungen und den Diskussionen in der Öffentlichkeit der 70er, 80er und 90er Jahre geprägt. Ein Neuanfang soll durch eine jüngere Generation gemacht werden, die den Interessen und den Anforderungen an eine zeitgemäße emanzipatorische Frauenbildung – so hoffen wir – eher gerecht werden kann.

Vor diesem Hintergrund wurde die Zukunft der Stiftung mit dem Ziel einer möglichen Neuausrichtung und –besetzung thematisiert. Nach Gesprächen mit der Stiftungsaufsicht, die ein Interesse an dem Fortbestand der Stiftung zeigte, wurde keine Auflösung in Betracht gezogen. Deshalb beschloss der Vorstand, mit der Oldenburger Volkshochschule Gespräche zu führen, wie es in der Satzung von 1984 – vor allem unter dem Vorsitz von Wolfgang Schulenberg – festgelegt wurde. Die Zukunft der Bertha Ramsauer Stiftung konnte bisher nicht endgültig geklärt werden.

Dezember 2023

Quellen

Bertha-Ramsauer-Stiftung Oldenburg (Hrsg.) (1985): VHS. Mitteilungsblatt für alle Freunde und Mitglieder der Volkshochschule, Volkshochschulheim Edeweicht. Neue Folge 1/1985. Oldenburg: Holzberg.

Dannemann, G. (1994). Von Frauenbildung zu Frauenschulung im Nationalsozialismus. Am Beispiel der Bildungsarbeit Bertha Ramsauers in der Heimvolkshochschule Husbäke/Edeweicht. Oldenburg: Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg.

Eggemann, M. (1997). Die Frau in der Volksbildung 1919-1933. Wege zur Emanzipation? Frankfurt a. M.: dipa.

Eggemann, M. (2001). Bertha Ramsauer und die Heimvolkshochschule für Frauen in Edeweicht. In: P. Ciupke & K. Derichs-Kunstmann (Hrsg.): Zwischen Emanzipation und ‚besonderer Kultur-aufgabe der Frau‘. Frauenbildung in der Geschichte der Erwachsenenbildung (S. 57-67). Essen: Klartext.

Freist, D. (2009). Bertha Ramsauer. In: Geistesblitze. Forscher, Erfinder und Gelehrte aus dem Oldenburger Land. Ausstellung in der Landesbibliothek Oldenburg vom 13. August bis 31. Oktober 2009 (S. 92-97). Oldenburg: Isensee.

Freist, D. (2012). Bertha Ramsauer und die Selbstbildung des Menschen. In: Oldenburger Jahrbuch, Bd. 112 (S. 133-150). Oldenburg: Isensee.

Hornbüssel, D. (1969). Bertha Ramsauer. Anwalt der Seele. Oldenburg: Selbstverlag der Volkshochschulheimstiftung Oldenburg.

Nave-Herz, Rosemarie (1997). Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland, Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung.

Ramsauer, B. (1926). Ansprache gehalten am Tage der Hausweihe des Volkshochschulheims Edeweicht. In: VHS-Blätter 2.1926.23/24: S. 1-7. Wieder abgedruckt In dies. (1967): Berichte – Reden – Briefe, ausgewählt durch den Freundeskreis der VHS Husbäke (S. 19-26). Oldenburg: Selbstverlag der Volkshochschulheimstiftung.

Ramsauer, B. (1927). Ansprache zur Pestalozzi-Feier im Verein Oldenburgischer Lehrerinnen (Mütterabend). In dies. (1967): Berichte – Reden – Briefe, ausgewählt durch den Freundeskreis der VHS Husbäke (S. 28-31). Oldenburg: Selbstverlag der Volkshochschulheimstiftung.

Ramsauer, B. (1928). Aus der Geschichte des Volkshochschulheims Edeweicht, in: VHS-Blätter Okt./Nov./Dez. 1928.

Ramsauer, B. (1928a). Vortrag, gehalten in Berlin 1928. In: dies. (1967): Berichte – Reden – Briefe, ausgewählt durch den Freundeskreis der VHS Husbäke (S. 31-37). Oldenburg: Selbstverlag der Volkshochschulheimstiftung.

Ramsauer, B. (1929). Aus der Geschichte des Volkshochschulheims Edeweicht II, in: VHS-Blätter Mai/Juni 1929.

Ramsauer, B. (1929a). Die Gemeinschaft und der Einzelne. In: dies. (1967): Berichte – Reden – Briefe, ausgewählt durch den Freundeskreis der VHS Husbäke (S. 60-65). Oldenburg: Selbstverlag der Volkshochschulheimstiftung.

Ramsauer, B. (1932). „Wohin geht der Weg der Frauen?“, in: VHS-Blätter 9.1932.3: 1-6.

Ramsauer, B. (1933). Liebe Volkshochschulfreunde! In: VHS-Blätter 10.1933.1: 1-3.

Ramsauer, B. (1934). (Ohne Titel). In: VHS-Blätter 11.1934.1: 1-2.

Ramsauer, B. (1937). [Brief an Grete Devulder] Hannover, 26.6.1937. In: dies. (1967): Berichte – Reden – Briefe, ausgewählt durch den Freundeskreis der VHS Husbäke (S. 144-145). Oldenburg: Selbstverlag der Volkshochschulheimstiftung.

Ramsauer, B. (1943). Mütterlichkeit. In dies. (1967): Berichte – Reden – Briefe, ausgewählt durch den Freundeskreis der VHS Husbäke (S. 150-154). Oldenburg: Selbstverlag der Volkshochschulheimstiftung.

Ramsauer, B. (1945). Lebenslauf. 14. Dez. 1945. In dies. (1967): Berichte – Reden – Briefe, ausgewählt durch den Freundeskreis der VHS Husbäke (S. 158-163). Oldenburg: Selbstverlag der Volkshochschulheimstiftung.

Ramsauer, B. (1967). Berichte – Reden – Briefe. Ausgewählt durch den Freundeskreis der VHS Husbäke. Oldenburg: Selbstverlag der Volkshochschulheimstiftung Oldenburg.

Schulenberg, W. (1985). Bertha Ramsauers Bedeutung für die Erwachsenenbildung. In: Bertha-Ramsauer-Stiftung Oldenburg (Hrsg.): VHS. Mitteilungsblatt für alle Freunde und Mitglieder der Volkshochschule, Volkshochschulheim Edeweicht. Neue Folge 1/1985 (S. 11-16). Oldenburg: Holzberg.

Siegel, E. (1985). Bertha Ramsauer vor den Herausforderungen ihrer Zeit. In: Bertha-Ramsauer-Stiftung Oldenburg (Hrsg.): VHS. Mitteilungsblatt für alle Freunde und Mitglieder der

Volkshochschule, Volkshochschulheim Edewecht. Neue Folge 1/1985 (S. 35-46). Oldenburg: Holzberg.

Siegel, E. (1999). Bertha Ramsauer und die Heimvolkshochschulbewegung. In: I. Bremer (Hrsg.): Mütterlichkeit als Profession? (S. 211-221). Pfaffenweiler: Centaurus.

Anhang

Biografie von Bertha Ramsauer (1884 – 1947)

Bertha Ramsauer war die Tochter des Eisenbahndirektors Peter Ramsauer (1840–1924) und dessen Frau Marie geb. Buddenberg. 1902 bis 1904 absolvierte sie das Lehrerinnenseminar in Wolfenbüttel und erhielt nach mehrjähriger Tätigkeit in einer thüringischen Privatschule 1908 eine Anstellung an der oldenburgischen Cäcilienchule. Drei Jahre später ließ sie sich beurlauben, um sich für ein Studium der Anglistik und Geschichte in Oxford und Göttingen für das Lehramt zu qualifizieren. Im Dezember 1914, kurz nach Einführung des Frauenstudiums, legte sie in Göttingen die Oberlehrerinnenprüfung ab und setzte ihre Unterrichtstätigkeit in Oldenburg als Studienrätin fort. 1915 wurde sie verbeamtet.

In der Weimarer Republik widmete sie sich zunehmend der Erwachsenenbildung. In dieser Umbruchzeit trat sie der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei bei und wurde in den oldenburgischen Stadtrat gewählt. Weiterhin war sie im Wartburgbund und im Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverein aktiv. Sie hielt politische Versammlungen ab, um Frauen zur Wahrnehmung ihres erstmals erhaltenen Stimmrechts zu bewegen, über politische Möglichkeiten der Demokratie zu unterrichten und Orientierung in der unübersichtlichen politischen Landschaft zu geben. Gleichzeitig entschloss sie sich 1918, aus der gesicherten Position als Studienrätin in das junge Volkshochschulwesen zu wechseln. Seit 1920 widmete sie sich hauptberuflich dem Aufbau des Volkshochschulwesens, zuerst als Leiterin des Volkshochschulheims Wangerooge, das allerdings infolge der Inflationsbedingten Finanzkrise 1923 schließen musste. Ramsauer war danach als Leiterin von Kursen und Freizeiten in Wilhelmshaven und Osterburg tätig.

Ab 1923 stand der Aufbau des Volkshochschulheims Husbäke (Gemeinde Edewecht) im Mittelpunkt ihres Schaffens. In der 1911 entstandenen Moorkolonie Husbäke realisierte sie ein reformpädagogisches Konzept der „Sozialarbeit im Moor“ und konzentrierte sich auf die Ausbildung junger Frauen ohne Ansehen politischer oder konfessioneller Richtungen. Entsprechend der gewandelten politischen und sozialen Bedingungen der Weimarer Republik wurde von den Kursteilnehmerinnen mehr Selbstständigkeit und Verantwortungsbewusstsein verlangt. Bertha Ramsauers Pädagogik zielte daher auf die Ausbildung der individuellen Persönlichkeit und die Stärkung des Charakters durch die Schulung intellektueller Fähigkeiten.

Ein zentraler Bestandteil des Internatlebens war die Integration der Schülerinnen in den Arbeitsalltag der Bevölkerung. Die Schülerinnen lebten hier sechs oder zwölf Monate in einer von Respekt und Toleranz geprägten Lebensgemeinschaft. Das Bildungsangebot umfasste prakti-

sche Kurse, wie Moorkultivierung und Errichtung von Heimgebäuden, hauswirtschaftlichen Unterricht und schulähnliche Weiterbildungsveranstaltungen, wobei Wert auf Kunst- und Kulturgeschichte sowie Gegenwartsfragen gelegt wurde. 1925 ging das Heim in die Trägerschaft der Volkshochschulheimstiftung über. In der Weltwirtschaftskrise erweiterte sich das Aufgabenfeld des Volkshochschulheimes Husbäke, als zum Zeitpunkt der Weltwirtschaftskrise mit dem Betrieb eines Kindergartens konkrete Sozialarbeit geleistet wurde. 1932 kam ein freiwilliger Arbeitsdienst für junge Frauen hinzu, der ein pädagogisches Werkzeug der Verständigung der Menschen unterschiedlicher Herkunft werden sollte. Von 1924 bis 1935 gab sie begleitend zur praktischen Arbeit die V.H.S.-Blätter heraus.

In der beginnenden NS-Zeit ließ Bertha Ramsauer sich zunächst beurlauben. Ihre Verbundenheit mit dem Heim in Husbäke war jedoch so stark, dass sie ab 1934 versuchte, ihre Arbeit fortzuführen. Während die letzten selbstständigen Einrichtungen der Erwachsenenbildung aufgelöst und der NS-Organisation „Kraft durch Freude“ unterstellt wurden, gelang es Bertha Ramsauer 1935, das Volkshochschulheim Husbäke der aus ihrer Perspektive weniger einschränken- den Berliner Reichsfrauenführung unterzuordnen. Trotz kritischer Stimmen vieler Freunde be- hielt sie weiterhin die Leitung dieser Institution.

Das Scheitern dieses Balanceaktes bedeutete 1937 die Überführung des „roten“ Volkshochschulheims in eine „Reichsmütter- und Reichsbräuteschule“, einer Mustereinrichtung des Deutschen Frauenwerks. Im gleichen Jahr trat Bertha Ramsauer in die NSDAP ein. Die bisherigen Lehrpläne des Volkshochschulheims wurden ersetzt und die weltanschaulich-politische Schulung der NS-Frauenschaft unterstellt, Bertha Ramsauers eigenständige pädagogische Arbeit en- dete.

Nach der Kapitulation und vor ihrer Entnazifizierung unterlag sie einem Arbeitsverbot. So konnte sie auch mit Hilfe des Freundes Theodor Tantzen nach 1945 nur noch kurzfristig am Wiederaufbau des oldenburgischen Schul- und Erwachsenenbildungswesen mitwirken, musste sich aber krankheitsbedingt bald zurückziehen. Sie starb am 12.7.1947 in Oldenburg.

Siehe auch: Wikipedia

Satzungen

1. a) Protokoll der Vorstandssitzung der “Volkshochschulheim-Stiftung” vom 24. August 1953
b) Protokoll der Vorstandssitzung der “Volkshochschulheim-Stiftung” vom 5. September 1953
c) Bescheinigung des Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg über die Stiftungsurkunde vom 9. Mai 1925 sowie die Stiftungsurkunde vom 15. September 1953
2. Satzungsänderung, Schreiben der Stiftung vom 4. Oktober 1984 und Genehmigung
3. Satzungsänderung der Stiftung vom 20. Januar 1997 und Genehmigung
4. Satzungsänderung der Stiftung vom 16. März 2010 und Genehmigung
5. Satzungsänderung der Stiftung vom 8. Mai 2023 und Genehmigung
6. Auszug aus dem Protokoll der Stiftung vom 20. Juli 2000, Regeln für die Spendenbewilligung

II 123-157

Protokoll.

über die Vorstandssitzung der "Volkshochschulheim-Stiftung"
mit dem Sitz in Oldenburg (Oldb) vom 24. August 1953.

Gegenwärtig:

- 1.) Staatsmin.a.D. KAESTNER, Oldenburg,
als Vorsitzender des Vorstandes;
- 2.) Frau Dr. Lina RAMSAUER, Oldenburg, Gartenstr. 28,
Mitglied des Vorstandes;
- 3.) Frau Ally Albers, Oldenburg, Gertrudenstr. 27,
Mitglied des Vorstandes.

Herr Kaestner berichtete über seine Verhandlungen mit dem Landkreis Ammerland, dem Landesamt für gesperrtes Vermögen und dem Nieders. Finanzministerium über die Zahlung des Wertausgleichs von 30.000.- DM, die Vermeidung von Zinszahlungen und die Rechtslage hinsichtlich des Lastenausgleichs. Herr Kaestner trug vor, dass der Sperrvermerk im Grundbuch zu Art. 1134 Edewecht am 17.8.1953 gelöscht wurde und die Volkshochschulheimstiftung Oldenburg am gleichen Tage auf Ersuchen des AOA als Eigentümerin des Art. 1134 in das Grundbuch eingetragen worden ist. Er berichtet sodann über den Vertrag zwischen der Stiftung und dem Landkreis Ammerland vom 18.8.53 und über die anschliessende Auflassung der neugebildeten Teilparzelle 1365/8a mit aufstehenden Gebäuden an den Kreis Ammerland. Der Vorstand beschloss einstimmig die Billigung der getroffenen Massnahmen.

Herr Kaestner trug nunmehr vor, dass es zweckmässig sei, die Stiftung als gemeinnützig im Sinne des § 17 des Steueranpassungsgesetzes durch die Finanzbehörde anerkennen zu lassen. Da nach dem Steueranpassungsgesetz und der Gemeinnützigkeitsverordnung nunmehr eindeutig klargestellt werden muss, an wen das Stiftungsvermögen im Falle der Auflösung der Stiftung fällt und das Finanzamt darauf hingewiesen hat, dass die jetzige Fassung des § 6 der Satzungen unzureichend sei, schlug Herr Kaestner vor, Ziff. 6 der Stiftungssatzungen wie folgt zu ändern:

" Ergibt sich die Notwendigkeit, so hat der Vorstand die Auflösung der Stiftung zu beschliessen. In diesem Falle fällt das Stiftungsvermögen an den Landesfürsorgeverband in Oldenburg mit der Auflage, das Vermögen im Sinne der Stiftung zu verwenden.
Zu dem Beschluss ist die Zustimmung von 4/5 der Vorstandsmitglieder erforderlich."

Es wurde übereinstimmend festgestellt, dass die vorgeschlagene Änderung dem Stifterwillen entsprechen würde. Daraufhin wurde einstimmig die vorgeschlagene Satzungsänderung beschlossen. Der Vorsitzende wurde ermächtigt, die Satzungsänderung behördlich genehmigen zu lassen.

Herr Kaestner lag darauf den Entwurf eines Schreibens an das Finanzamt vor. Es wurde beschlossen, den Antrag auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit zu stellen.

Der Vorstand beschloss, den Besitz in Husböke in den nächsten Tagen zu besichtigen und die notwendigen weiteren Schritte dann zu erörtern.

(gez.) Kaestner
" Ramsauer
" Albers.

Für die Richtigkeit der Abschrift:
Oldenburg, den 5. September 1953.



O. Kundt
Ministerialregistrator.

11 - 123 - 757
Volkshochschulheimstiftung
Oldenburg

Oldenburg, den 5. September 1953.

An den
Herrn Präsidenten
des Nds. Verw. Bez. Oldenburg,
Abt. IIA - z.Hdn.Herrn Assessor Elster -,
Oldenburg (Oldb)

Betr.: Satzungsänderung.

Die durch Verfügung des Oldenburgischen Staatsministeriums vom 9. Mai 1925 genehmigte Volkshochschulheimstiftung hat im Jahre 1941 unter dem Druck der Verhältnisse ihr Grundvermögen an das Deutsche Frauenwerk veräußern müssen. Seitdem hat die praktische Tätigkeit der Stiftung geruht.

Durch Beschluss des AOA in Celle vom 24.1.1952 ist das Grundvermögen gegen einen an das Land Niedersachsen zu zahlenden Wertausgleich auf die Stiftung zurückübertragen worden. Die Stiftung beabsichtigt nunmehr, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Wirtschaftlich wird das nur möglich sein, wenn die Stiftung von den Finanzbehörden als gemeinnützig anerkannt wird. Das Finanzamt Oldenburg hat nun mitgeteilt, dass Voraussetzung für die Anerkennung eine Änderung des § 6 der Stiftungssatzung sei, da die jetzige Fassung keine hinreichende Vermögensbindung darstelle.

Der Vorstand hat daraufhin in seiner Sitzung vom 24.8.1953 einstimmig beschlossen, § 6 wie folgt zu ändern :

"Ergibt sich die Notwendigkeit, so hat der Vorstand die Auflösung der Stiftung zu beschliessen. In diesem Falle fällt das Stiftungsvermögen an den Landesfürsorgeverband in Oldenburg mit der Auflage, das Vermögen im Sinne der Stiftung zu verwenden. Zu dem Beschluss ist die Zustimmung von 4/5 der Vorstandsmitglieder erforderlich, da die Satzungsänderung den Stiftungszweck nicht berührt, werden gegen die Änderung keine rechtlichen Bedenken bestehen. Es wird daher um baldige Erteilung der Genehmigung gebeten, damit eine Heranziehung der Stiftung zum Lastenausgleich und zur Grundsteuer vermieden wird.

Beglaubigte Abschrift des Protokolls der Vorstandssitzung sowie die Stiftungsakte liegen an. Die Vertretungsbefugnis des Vorstandes ergibt sich aus der Akte. Um Rückgabe der Akte wird gebeten.

Weiter bitte ich, beiliegende Bescheinigungen zu unterzeichnen und zu siegeln."

Im Auftrage
des Vorsitzenden des Vorstandes :

Kaufmann

Herr Kaestner lag darauf den Entwurf eines Schreibens an das Finanzamt vor. Es wurde beschlossen, den Antrag auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit zu stellen.

Der Vorstand beschloss, den Besitz in Husbäke in den nächsten Tagen zu besichtigen und die notwendigen weiteren Schritte dann zu erörtern.

(gez.) Kaestner
" Ramsauer
" Albers.

Für die Richtigkeit der Abschrift:
Oldenburg, den 5. September 1953.



Os Kurat
Ministerialregistrator.

VI-123-757
Der Präsident
des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks
Oldenburg

(23) Oldenburg (Oldb), den 15. September 1953.
Fernsprecher 6291

Ta/I 29212/53

(Im Antwortschreiben stets genau anzugeben)

B e s c h e i n i g u n g

Auf Antrag der Volkshochschulheim-Stiftung in
Oldenburg bescheinige ich folgendes :

- 1.) Die Volkshochschulheim-Stiftung in Oldenburg ist
durch Verfügung des Oldenburgischen Staatsministe-
riums vom 9. Mai 1925 aufgrund der vorgelegten
Satzung genehmigt worden.
- 2.) Die Stiftungsurkunde hat folgenden Wortlaut :

Stiftungsurkunde

1.

Wir Unterzeichneten errichten eine
"Volkshochschulheim-Stiftung"
mit dem Sitz in Oldenburg.

2.

Der Zweck ist :

- 1.) Errichtung und Unterhaltung von Volkshochschul-
heimen,
- 2.) sonstige Förderung des Volkshochschulwesens.

3.

Die Stiftung wird von einem Vorstand, bestehend aus
5 Personen, und zwar erstmalig

- 1.) Fräulein Studienrat Ramsauer, als Vorsitzender,
- 2.) Herrn Oberverwaltungsgerichtsrat Dugend,
als stellv. Vors.,
- 3.) Herrn Theodor Tantzen-Heering,
- 4.) Herrn Ratsherrn Paul Hug,
- 5.) Fräulein Lehrerin Frieda Heinen

verwaltet.

Der Vorsitzende vertritt die Stiftung gerichtlich und
aussergerichtlich.

Scheiden Vorstandsmitglieder aus, so kann der Vorstand
sich ergänzen. Er muss dies tun, wenn die Zahl unter 3 sinkt.

4.

Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn 3 Mitglieder er-
schienen sind. Er entscheidet mit einfacher Mehrheit der

abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Im übrigen regelt der Vorstand seine Geschäftsführung selbst.

5.

Die sachlichen Mittel, durch die der Stiftungszweck erreicht werden soll, sind :

- 1.) die bei Herrn Theodor Tantzen-Heering für Volkshochschulzwecke eingegangenen Beträge in Höhe von 3500 M,
- 2.) die Inventarstücke und Bücher, die aus den Beträgen angeschafft wurden, welche Herr Theodor Tantzen-Heering am 17. April 1921, am 8. August 1922, am 7. April 1923, am 24. Mai 1923 und am 1. September 1923 der Studienrätin Bertha Ramsauer persönlich für Volkshochschulzwecke zur Verfügung stellte,
- 3.) die der Studienrätin Bertha Ramsauer persönlich für Volkshochschulzwecke von Herrn Oberverwaltungsgerichtsrat Dugend übergebenen Möbel, Bücher und Bilder,
- 4.) die von Herrn Meyersbach übernommene Verpflichtung, die Schulden der Volkshochschule bei der Städt. Sparkasse - Oldenburg in Höhe von 2000 M (zweitausend Mark) und deren gegenwärtige und zukünftige Zinsen zu tilgen,
- 5.) evtl. einmalige und laufende Zuwendungen des Vereins zur Förderung des Volkshochschulheims,
- 6.) Zuwendungen von anderer Seite,
- 7.) die jährlichen Erträge des Stiftungsvermögens.

6.

Ergibt sich die Notwendigkeit, so hat der Vorstand die Stiftung aufzulösen und über die Verwendung des Stiftungsvermögens im Sinne der Ziele der Stiftung zu beschliessen. Zu dem Beschluss ist die Zustimmung von 4/5 der Vorstandsmitglieder erforderlich.

Oldenburg, den 30. April 1925.
(gez.) Bertha Ramsauer, Eugen Dugend,
Theodor Tantzen, Paul Hug, Franz Meyersbach.

- 3.) Die durch Verfügung des Oldenburgischen Staatsministeriums vom 13. März 1928 genehmigte Erläuterung der Stifter zu § 2 der Stiftungsurkunde vom 30. April 1925 hat folgenden Wortlaut:

"Klarstellend wird bemerkt, dass der Zweck der Stiftung ist, der unbemittelten Jugend, die durch die Nachwirkungen der Kriegs- und Revolutionszeit in sittliche und

seelische Not geraten ist, ohne Rücksicht auf Religion und Partei Schutz und Beistand zu gewähren, ihnen Richtung und Ziel zu geben und sie widerstandsfähiger in den Lebenskampf zurückkehren zu lassen."

4.) § 6 der Stiftungsurkunde ist durch Vorstandsbeschluss vom 24.8.53 wie folgt geändert worden :

" Ergibt sich die Notwendigkeit, so hat der Vorstand die Auflösung der Stiftung zu beschliessen. In diesem Falle fällt das Stiftungsvermögen an den Landesfürsorgeverband in Oldenburg mit der Auflage, das Vermögen im Sinne der Stiftung zu verwenden. Zu dem Beschluss ist die Zustimmung von 4/5 der Vorstandsmitglieder erforderlich."

Diese Satzungsänderung ist von mir am September 1953 genehmigt worden.-



Neufassung der Satzung

Präambel

Am 30. April 1925 wurde in Oldenburg die "Volkshochschulheim-Stiftung" errichtet. Die Stiftungsurkunde trägt die Unterschriften von Bertha Ramsauer, Eugen Dugend, Theodor Tanten-Heering, Paul Hug und Franz Reyersbach. Zweck der Stiftung war die Trägerschaft für das Oldenburger Volkshochschulheim Edeweicht, das Bertha Ramsauer auf einem Moorkolonat in Husbäke am Küstenkanal gegründet hatte und dessen Arbeit von ihr geprägt wurde. In vorbildlicher Weise sind in dieser frühen Heimvolkshochschule neue Formen intensiver Erwachsenenbildung, insbesondere für junge Frauen, entwickelt worden. Auch nach 1933 wurde hier unter wechselnden, widrigen Bedingungen versucht, humane Bildungshilfe zu leisten. Am Ende des zweiten Weltkrieges mußte das Heim aufgelöst werden. Bertha Ramsauer starb 1947. Die Stiftung erhielt den Grundbesitz zurückerstattet. Da nach dem Tode von Bertha Ramsauer eine Wiederaufnahme der Volkshochschularbeit in Husbäke nicht mehr ins Auge gefaßt werden konnte, wurden die Liegenschaften auf einstimmigen Beschluß des Vorstandes in den Jahren 1972 und 1974 dem bisherigen Pächter zum Kauf überlassen. Der Erlös wurde in Wertpapieren angelegt, aus denen das Stiftungsvermögen hervorgegangen ist.

Am 30. Dezember 1974 entschied der Vorstand einstimmig, der Stiftung den Namen "Bertha-Ramsauer-Stiftung" zu geben. Mit dieser Namensänderung sollte auch der Wechsel von der ursprünglichen Aufgabe als Träger des Volkshochschulheims zu der weiteren Wirksamkeit im Sinne des geistigen Erbes von Bertha Ramsauer zum Ausdruck kommen.

Angesichts der veränderten Verhältnisse seit Errichtung der Stiftung im Jahre 1925 beschloß der Vorstand der Bertha-Ramsauer-Stiftung in seiner Sitzung am 4. Oktober 1984 in Oldenburg einstimmig die folgende Neufassung der Satzung.



Satzung der Bertha-Ramsauer-Stiftung

§ 1

Name, Sitz, Rechtsform

Die Stiftung führt den Namen Bertha-Ramsauer-Stiftung. Sie ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts. Die Stiftung hat ihren Sitz in Oldenburg (Oldb.).

§ 2

Stiftungszweck

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke durch Förderung des Volkshochschulwesens und der weiteren Erwachsenenbildung sowie von sozialen Maßnahmen, die mit der Volksbildung, vor allem im früheren Lande Oldenburg, verbunden sind.

Der Stiftungszweck wird verwirklicht durch

1. Beihilfen zur Durchführung von Maßnahmen der Volkshochschulen oder anderer Erwachsenenbildungseinrichtungen; Gewährung von Unterstützungen an Personen, die an Bildungsmaßnahmen teilnehmen oder sich auf eine Tätigkeit in der Erwachsenenbildung vorbereiten und dafür einer Unterstützung bedürfen;
3. Finanzierung von Darstellungen und Untersuchungen zur Erwachsenenbildung;
4. weitere Maßnahmen, die der Stiftungsvorstand zur Verwirklichung des Stiftungszwecks für geeignet hält.

Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht. Die Stiftung darf keine natürliche oder juristische Person durch Verwaltungsausgaben oder Zuwendungen, die dem Zweck der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.

§ 3


Stiftungsvermögen

Das Stiftungsvermögen besteht aus

Mündelsicheren Wertpapieren im Nennwert von 200.000 DM.

Das Stiftungsvermögen ist in seinem Bestand ungeschmälert





zu erhalten. Zur Erfüllung des Stiftungszwecks stehen ausschließlich die Vermögenserträge sowie etwaige Zuwendungen zur Verfügung, soweit diese nicht zur Vermehrung des Stiftungsvermögens bestimmt sind.


§ 4

Stiftungsorgan

Stiftungsorgan ist der Vorstand. Die Tätigkeit des Vorstands ist ehrenamtlich. Auslagen werden ersetzt.

§ 5

Vorstand



Der Vorstand besteht aus mindestens fünf Personen. Wenn die Zahl der Mitglieder des Vorstandes unter fünf sinkt, so ergänzt sich der Vorstand durch Zuwahl von Personen, die nach ihren bisherigen Interessen oder Tätigkeiten erwarten lassen, daß sie bereit und in der Lage sind, die Arbeit der Stiftung mitzutragen. Der Vorsitzende des Vorstandes und sein Stellvertreter werden vom Vorstand aus dessen Mitte gewählt.

Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich mit seinem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter und mindestens einem weiteren Mitglied. Er führt die laufenden Geschäfte.


§ 6

Sitzungen des Vorstandes

Der Vorsitzende hat mindestens einmal im Jahr eine Sitzung des Vorstandes einzuberufen. Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Zahl seiner Mitglieder anwesend ist. Die Beschlußfassung erfolgt mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder, sofern in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist. Über die Sitzung ist ein Ergebnisprotokoll anzufertigen.

§ 7

Stiftungsaufsicht



Die Stiftung untersteht der staatlichen Aufsicht nach Maßgabe der einschlägigen stiftungsrechtlichen Gesetzesbestimmungen.



§ 8

Satzungsänderung, Aufhebung
und Zusammenlegung der Stiftung

Diese Satzung kann durch Mehrheitsbeschluß aller Mitglieder des Stiftungsvorstandes geändert werden. Für Satzungsänderungen, die den Stiftungszweck berühren, für die Aufhebung der Stiftung und für die Zusammenlegung mit einer anderen Stiftung ist ein einstimmiger Beschluß aller Mitglieder des Stiftungsvorstandes erforderlich.

Diese Beschlüsse werden erst wirksam, wenn sie von der Stiftungsbehörde genehmigt worden sind.

Im Falle des Erlöschens der Stiftung fällt das Restvermögen an die Volkshochschule Oldenburg e.V. oder deren Rechtsnachfolger, die es in einer dem Stiftungszweck entsprechenden Weise zu verwenden haben.



Oldenburg, den 26. Februar 1985

Der Vorstand der Bertha-Ramsauer-Stiftung

Wolfgang Schulenberg
(Wolfgang Schulenberg)
Vorsitzender

Grete Devulder
(Grete Devulder)
Stellvertretende Vorsitzende

gez. Ursula Böhse

gez. Erna Meyer

gez. Heino Reuter

gez. Barbara Fülgraff

gez. Günter Boyn

Vorstehende Abschrift stimmt mit der Urschrift
wörtlich überein, was ich hiermit beglaubige.
Oldenburg (Oldb) den 05. März 1985

gez. Berend Meyer



Notar



G e n e h m i g u n g

Hiermit genehmige ich gem. § 7 Abs. 3 des Nieders. Stiftungsgesetzes vom 24.07.1968 (Nds. GVBl. S. 119) die vom Vorstand der Bertha-Ramsauer-Stiftung in seiner Sitzung am 13.02.1985 beschlossene Satzungsänderung.

Oldenburg, den 27.03.1985

Bezirksregierung Meser-Ems
301-11741-157 d

Im Auftrage

Behrenshausen (L.S.)
Behrenshausen



Bertha-Ramsauer-Stiftung, Oldenburg
hier: Ergänzung/Änderung der Stiftungssatzung

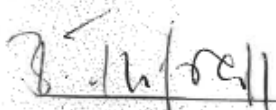
In der Stiftungssatzung wird der § 3 Stiftungsvermögen
um einen § 3 a wie folgt ergänzt:

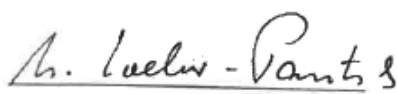
§ 3 a Rücklagenbildung

Die Stiftung ist berechtigt, im Rahmen des
steuerlich Zulässigen (§§ 7 ff. der AO)
freie Rücklagen zu bilden.
Außerdem ist die Bildung von zweckgebundenen
Rücklagen zulässig.

Die Vorstandsmitglieder der Bertha-Ramsauer-Stiftung stimmen
dieser Satzungsänderung einstimmig zu.

Oldenburg, den 20. 1. 1997

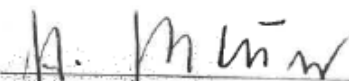

Dr. Barbara Fülgraff
Vorsitzende


Dr. Uta Loeber-Pautsch


Sigrid Ramsauer


Erna Meyer


Berend Meyer


Heino Reuter

Genehmigung

Gemäß § 7 Abs. 3 des Nieders. Stiftungsgesetzes vom 24.10.1968 (Nds. GVBl. S. 119), geändert durch das Gesetz zur Änderung des Nds. Stiftungsgesetzes vom 20.12.1985 (Nds. GVBl. S. 609), wird der vom Vorstand in seiner Sitzung am 20.01.1997 beschlossene Nachtrag zur Satzung der Bertha-Ramsauer-Stiftung genehmigt.

Oldenburg, den 29.04.1997

Bezirksregierung Weser-Ems
301/305.3-11741

Im Auftrage


Meine



2. Satzungsänderung (vom 16.03.2010)

§ 2 Abs. 2 Ziff. 1 der Stiftungssatzung lautet:

„Beihilfen zur Durchführung von Maßnahmen der Volkshochschulen oder anderer Erwachsenenbildungseinrichtungen.“

Diese Formulierung ist nicht mehr ganz sachgerecht. Vorgeschlagen wird deshalb folgende neue Formulierung:

„Beihilfen zur Durchführung von Maßnahmen der Erwachsenenbildung, insbesondere der Frauenbildung, vor allem in der Region Oldenburg.“

Diese Fassung wurde auch bereits im neuen Flyer der Gesellschaft benutzt. Sie bringt eine Klarstellung dahin, dass nicht nur Volkshochschulen oder andere Einrichtungen, sondern die Erwachsenenbildung allgemein gefördert werden soll.

Diese Satzungsänderung wird einstimmig beschlossen. Frau Ehrhardt und Frau Fleßner haben schriftlich zugestimmt. Das weitere Vorgehen soll mit der Stiftungsaufsicht abgestimmt werden.

Genehmigung

Gemäß § 7 Abs. 3 des Niedersächsischen Stiftungsgesetzes vom 24.07.1968 (Nds. GVBl. Seite 119) in der zur Zeit geltenden Fassung

wird hiermit


die vom Vorstand am 16. März 2010 einstimmig beschlossene

Änderung des § 2 Abs. 2 Ziff. 1 der Satzung der Bertha-Ramsauer-Stiftung

genehmigt.

Oldenburg, den 25. Januar 2011
Nds. Ministerium für Inneres und Sport
Regierungsvertretung Oldenburg
RV OL 2.03 -11741-15 (014)

Im Auftrage


Brengelmann



Auszug aus dem Protokoll der Bertha Ramsauer Stiftung vom 8.05.2023

Satzungsänderung

- § 5 „Der Vorstand besteht aus mindestens 3 Personen. Er kann erweitert werden auf bis zu 5 Personen. Wenn die Zahl der Mitglieder des Vorstands unter 3 sinkt, so ergänzt sich der Vorstand durch die Zuwahl von Personen, die nach ihren bisherigen Interessen oder Tätigkeiten erwarten lassen, dass sie bereit und in der Lage sind, die Arbeit der Stiftung mitzutragen. Dieser Wahlmodus gilt auch für die Wahl restlicher Mitglieder des Vorstandes. Der/Die Vorsitzende des Vorstands werden vom Vorstand aus dessen Mitte gewählt. Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich mit seinem Vorsitzenden oder Stellvertreter.“

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Oldenburg, den 08.05.2023

Genehmigung

Gemäß § 7 Abs. 3 des Niedersächsischen Stiftungsgesetzes vom 24. 7. 1968 (Nds. GVBl. Seite 119) in der zur Zeit geltenden Fassung

wird hiermit

die vom Vorstand am 08.05.2023 einstimmig beschlossene

Änderung des § 5 der Satzung der Bertha-Ramsauer-Stiftung mit Sitz in der Stadt Oldenburg

genehmigt.

Oldenburg, den 8. Juni 2023

Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems
2.06 -11741-15 (014)

Im Auftrage


Brengelmann



Auszug aus dem Protokoll der Bertha Ramsauer Stiftung vom 20.07.2000

Regeln für die Spendenbewilligung:

1. Spenden dürfen nicht für Honorare verwendet werden.
2. Bei den Spenden handelt es sich meistens um einen Zuschuss. Daher kann das Geld nur in Anspruch genommen werden, wenn die Gesamtfinanzierung steht.
3. Die Spende ist an das Projekt gebunden, sie ist nicht frei verfügbar.
4. Wenn das Projekt nicht zustande kommt, muss die Spende zurückgegeben werden.

„Der Vorstand. beschließt (Protokoll vom 20.07.2000) in den Bewilligungsschreiben noch einmal darauf hinzuweisen, dass die Empfänger:

- bei der Präsentation ihrer Arbeit in der Öffentlichkeit (Veranstaltungen, Presse etc.) die Unterstützung durch die Stiftung angeben,
- bei Anschaffungen (Geräte, Bücher Möbel etc.) die Etiketten der Stiftung verwenden
- bei Veröffentlichungen (Dokumentationen, Plakaten, Schriften, Bücher etc.) die finanzielle Unterstützung der Stiftung dort aufführen müssen: „Die Veröffentlichung wurde durch eine Spende der Bertha Ramsauer Stiftung unterstützt“.
- Außerdem bittet der Vorstand um eine Bestätigung des Spendeneingangs und bei Veröffentlichungen um ein Belegexemplar.“

Fotos



Das Volkshochschulheim Husbäke vom Kanal aus gesehen rechts.



Grundsteinlegung (?) mit Bertha Ramsauer, Datum unbekannt.



Ausbau des Volkshochschulheims zur „Bräuteschule“ in der NS-Zeit nach 1935.